

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 276 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, 11. Dezember 1934

Chefredakteur: M. Braun

Versammlungswelle
an der Saar

Seite 3

Gesunkenes
Durchschnittseinkommen

Seite 4

Entbindungsanstalten
sind Luxus

Seite 7

Heer Scheöder und „Heil Hitler“

Seite 8

Reklame und Tat

Nach dem Tag der nationalen Solidarität

Berlin, 9. Dezember.

Der Tag nationaler Solidarität, das heißt die Verankertung des Bettels und Almosensozialismus ist vorüber. Mit erleichtertem Aufatmen verkündete heute abend der Rundfunk, daß keiner der nationalsozialistischen Stars erschossen oder erschlagen worden ist, die zum ehrwürdigen Staunen der von der „Emigrantepresse“ (ohne die nun einmal keine reichsdeutsche Verlautbarung mehr denkbar ist) belagerten Ausländer „als Volksgenossen unter Volksgenossen“ sammelten. Wieviele Schutengel in Uniform und in Zivil um die Herren herumstanden, wird nicht verraten, interessiert uns auch nicht, da keiner von den illegalen Marginalen im Reich beabsichtigt, einen privaten Gerichtstag über irgend einen nationalsozialistischen Führer zu halten. Wie der 10. Juni gezeigt hat, bezorgen die Herren das gründlichst unter sich.

Mit Triumph wird verkündet, das Ergebnis dieses Sammeltags sei 1,5 Millionen Reichsmark. Nehmen wir wohlwollend an, Herr Goebbels, der durch einen überdimensionalen Anruf dafür dankt, hätte ausnahmsweise die Wahrheit gesagt. Stellen wir auch den hohen Prozentsatz, der erfahrungsgemäß, und wie durch hunderte Gerichtsurteile nachzuweisen ist, an den Händen korrupter Hitlerbonges leben bleibt, nicht in Rechnung. Dann sind geltend für jeden Unterhaltungsbedürftigen, deren es nach amtlichen Verlautbarungen in diesem Winter 17 bis 18 Millionen gibt, etwa 20 (zwanzig) Reichspfennige gesammelt worden. Dafür dieses Angebot, dafür die Propaganda, dafür das Selbstlob der gesamten großen und kleinen Nazifonozokratie.

Man muß demgegenüber einmal daran erinnern, was früher geleistet wurde. Freilich, ohne daß eine riesige und lohnspielige Helfsamorganisation angezogen wurde.

Aus Reichsmitteln sind im Jahre 1931 für die Verbilligung von Fleisch 18 Mill., für die Verbilligung von Kohle 12 Mill. Mark ausgegeben worden. Daneben lief eine umfangreiche Aktion zur Verbilligung von Brot und Kartoffeln, sowie für Kohle. Die Brotverbilligung wurde auf fast 7 Millionen Mark angegeben. Die Verbilligung von Kartoffeln mit 7,5 Millionen. Die Kohlenverbilligung erreichte gar 17 Mill. Mark. Allein durch diese Maßnahmen, die nur ein Teil der ganzen Aktion waren, sind mehr als 60 Millionen Mark gegeben worden. Und zwar in einer Art und Weise, die jeder spürte, auf die jeder ein Recht hatte und für die er nicht zu betteln brauchte. Ein Hilfsbedürftiger z. B. in Berlin bekam eine Verbilligung von Brot von 4 Pf. pro Kopf und Woche. Die Kartoffeln wurden um 70 bis 80 Pfennige pro Zentner verbilligt. Je Kopf und Monat wurden 30 Pfund Kartoffeln gewährt. Bei Fleisch gab es eine Verbilligung um 30 Pfennige, für je ein Pfund Fleisch wöchentlich. Die Verbilligung bei Kohle betrug 10 bis 50 Pfennige pro Zentner. Jede Familie erhielt einen Zentner im Monat.

Die Lebenshaltung einer Familie wurde durch diese Maßnahmen in den Wintermonaten um folgende Beträge verbilligt:

| | |
|-----------------------------|------------------------|
| der Verbrauch an Brot | pro Woche um 0,16 Mark |
| der Verbrauch an Kartoffeln | pro Woche um 0,40 Mark |
| der Verbrauch an Fleisch | pro Woche um 1,20 Mark |
| der Verbrauch an Kohlen | pro Woche um 0,25 Mark |

2,01 Mark wöchentlich oder 52,26 Mark im Winterhalbjahr war also die Verbilligung, die allein auf Grund vieler Aktion des Reiches jedem Hilfsbedürftigen zufließt wurde. Das Nationalsozialistische Winterhilfswerk hatte im Jahre 1933 Leistungen, die nur einen Betrag von 2,85 Mark pro Kopf erreichten. In früheren Jahren zahlten aber viele Gemeindeglieder Weihnachtsbeihilfen in barem Gelde, 10, 20, 30, ja bis 50 Mark die Familie. Auch die Invaliden, Alters- und Unfallrentner haben mehrere Jahre Weihnachtsbeihilfen erhalten. Für alle diese Leistungen brauchte niemand zu betteln. Die Mittel wurden den öffentlichen Kassen entnommen und nicht an den Strahenden erbeutet oder aus der Lohnkassette gestohlen. Hohe Vermögens- und Einkommenssteuern, Steuern auf den Verbrauch von Luxusgegenständen sorgten dafür, daß die Reichen herangezogen wurden.

Auch die private Wohltätigkeit tat ihr Bestes. So die sozialistische Arbeiterwohlfahrt und die christliche Caritas, und zu alledem kamen noch die Gewerkschaften und die vielen sonstigen Arbeiterorganisationen, die ihren Genossen und Genossinnen halfen. Nur schrieb das niemand in die Welt hinaus.

Voriges Jahr noch lichen sich Millionen Volksgenossen durch den Goebbels'schen Propagandastreich täuschen. Inzwischen aber hat man auch im Reich längst wieder Verständnis anzustellen gelernt zwischen jetzt und früher, und das Ergebnis ist:

Früher wurde wirksam und still geholfen. Jetzt wird lärmend Reklame gemacht für die überfütterte Partei- und Staatsfonozokratie. Die Rot wird mit ein paar Bettelstannchen abgepeilt, und das Elend der hungernden Frauen und Kinder ist gerade gut genug, um der Partei-propaganda und der Ruhmsucht der nationalsozialistischen Parteibeamten zu dienen, von Göring und Goebbels bis herab zum letzten korrupten Hitlerbonges.

Rudolf Heß in Paris

Die Friedenspalme in blutbefleckten Händen

Paris, 10. Dezember.

Das Eintreffen von Rudolf Heß, dem Stellvertreter des Führers, wird in den nächsten Tagen, vielleicht schon morgen, in Paris erwartet. Er hat ankündigen lassen, daß er nur in seiner Eigenschaft als ehemaliger Frontkämpfer französische Kriegsteilnehmer besuchen will und keineswegs mit offizieller Auftragskommission komme. Die französische Regierung dürfte infolgedessen von der Anwesenheit des Herrn Rudolf Heß nicht Notiz nehmen, jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß er, einmal in Paris, dennoch versuchen wird, mit französischen Ministern in Fühlung zu kommen, wie das auch Herr von Ribbentrop bei seinem letzten Besuch getan hat.

Die Reise von Rudolf Heß erwidert den Besuch, den der französische Deputierte Guy und der Pariser Stadtrat Rannier bei Adolf Hitler gemacht haben. Die beiden Herren hatten keinerlei Auftrag, dem Führer Erklärungen abzugeben, und zudem ist Herr Rannier ein unbeliebenmündeter Mann.

Er war Verwaltungsrat der Banque Centrale du Commerce, die nach verschiedenen Betrügereien liquidieren mußte. Er hatte, wie ihm vor Gericht nachgewiesen wurde, Verbindungen einestells mit der Suede Generale, deren Spiegel er war, und in derselben Zeit mit einem gewissen Holzmann, seinem Freunde und seinem Compagnon, der von Zeit zu Zeit ins Gefängnis geht und wieder herankommt, dessen Rationalität übrigens wandlungsfähig ist, und der eine Menge Gefängnisse in den verschiedenen Ländern Europas frequentiert hat. Dieses Subjekt hat der „Führer“ und Reichskanzler des Deutschen Reiches zu sich eingeladen, um ihn als Friedensboten nach Frankreich zu schicken.

Hier weiß man sehr wohl, daß der „König“ Rudolf Heß nicht das Recht hat, für die deutschen Frontkämpfer zu sprechen, auch wenn er einer der vielen Kriegsteilnehmer war. Er vertritt lediglich von der NSDAP abhängige bezahlte Parteiangehörige, zu denen er selbst gehört. Die früheren deutschen Frontkämpferorganisationen, die schon seit einer Reihe von Jahren nicht nur Verbindungen mit ihren französischen Bruderorganisationen hatten, sondern mit ihnen in der U. I. A. M. international zusammengefaßt waren, bis Hitler auch diesen Band zerriß, existieren nicht mehr. Die Führer dieser Kriegsteilnehmer und Vorkämpfer der Verhandlungspolitiker wurden in die Konzentrationslager geschleppt, wenn sie nicht vorher schon getötet wurden. Die französischen Kriegsteilnehmer sollten Herrn Heß, der mit seiner Frontkämpfereigenschaft paradiert, fragen, warum er, als der neben dem Führer mächtigste Mann, nicht endlich die deutschen Frontkämpfer und Pazifisten in Freiheit setzt.

Ein Mann, der mitschuldig ist an der Einfrierung und Folterung von Frontkämpfern und Friedensfreunden, wie Dr. Meißner, Dr. Schumacher, Ernst Heilmann (alle drei Kriegsdienstverweigerer), Ludwig Meun, Effens, Kähler, Thälmann und vielen anderen, ist nicht befugt, als Verständigungspolitiker aufzutreten.

Rudolf Heß hat jedoch in einer Rede in Bochum, die von der französischen Presse kommentarlos wiedergegeben wird, u. a. gesagt:

Wir Deutschen sind heute nicht mehr der Meinung, daß Frankreich, wie wir es besonders zur Zeit des Ruhr-eindrucks glauben mußten, die Vernichtung unseres Landes mit allen Mitteln betreibt.

Nachdem schon Goebbels einmal das Buch des sogenannten „Führers“ mit der Dastiphanose des Verfassers erklärt hat, macht nun Heß einen neuen Versuch, das kriegsheerliche und franzosenfeindliche Werk „Mein Kampf“ mit einer Handbewegung abzutun. Die erwähnte Stelle der Rede von

Heß will nämlich nichts anderes, als Hitlers Schundbuch damit zu erklären, daß er es unter den Einwirkungen des Ruhrkampfes geschrieben habe. Das ist in mehrfacher Beziehung ein neuer, großer Schwindel. Hitler hat das Buch erst ein Jahr nach dem Ruhrdruck geschrieben und hat es erst unter genauer Kenntnis der von ihm mit leidenschaftlichem Haß bekämpften Verhandlungs- und Pazifistpolitik nicht nur aufrechterhalten, sondern erst dann abgedruckt. In der uns vorliegenden 88. Auflage, die im Jahre 1933 gedruckt ist, sind nicht nur die bekannten wüsten Beschimpfungen gegen das „verrückte“ und „baskardierte“ Frankreich enthalten, dessen Vernichtung als nächstes Ziel der Politik des „dritten Reiches“ proklamiert wird, sondern wird auch jede Verhandlungspolitiker mit Hohn und Wut abgelehnt. Die Locarno-politik wird von dem deutschen Führer und Reichskanzler als selbe Unterwerfung einer ehr- und charakterlos gewordenen Nation beschimpft. Adolf Hitler laut auf Seite 761 seines ebenfalls erwähnten Buchwerks von den deutschen Staatsmännern der Locarnopolitik, die er jetzt zu kopieren und pazifistisch zu übertrumpfen versucht:

„Da die Leitung unserer Geschichte seit Kriegsende, nunmehr ganz unvershüllt, durch Juden besorgt wird, kann man wirklich nicht annehmen, daß nur schlechteste Erkenntnis die Ursache unseres Unglücks ist, sondern man muß im Gegenteil der Ueberzeugung sein, daß bewusste Abicht unser Volk zugrunde richtet. Und sowie man erst von diesem Gesichtspunkt aus den scheinbaren Wahnwitz der außenpolitischen Leitung unseres Volkes überprüft, enthüllt er sich als höchst raffinierte, eiskalte Logik im Dienste des jüdischen Weltüberoberungsgedankens und -planes.“

Das ganze Kapitel über die Locarnopolitik wimmelt von Schimpfwörtern über die sogenannten Staatsmänner und die „parlamentarischen Strohköpfe“, über die Minister als „windige Murken“, weil sie Versailles ungeduldet, wie den Vertrag von Locarno, geschlossen haben. Wir verzichten darauf, weitere Beweise der geistigen Verfassung und des Bildungsgrades von Adolf Hitler zu geben.

Dieses wüste Buch aber ist eben erst, nicht vor der Friedensrede von Rudolf Heß, durch einen Erlaß des Reichsunterrichtsministers Ruhn für immer als die Grundlage des Unterrichts für die deutsche Schuljugend bestimmt worden. Das aber und noch nicht einmal so sehr die materielle Aufrüstung ist das Entscheidende: die ganze heranwachsende Generation des deutschen Volkes wird in einem häßlichen rachsüchtigen Kriegesgeist erzogen, der gefährlicher ist als Flugzeuge und Tanks, und der Urheber dieses blutigen Ungeistes ist und bleibt der deutsche „Führer“ und Reichskanzler Adolf Hitler, dessen rotes Buch für immer ein Zeugnis dafür bleiben wird, in wie tiefer Barbarei Teile des deutschen Volkes wider den heiligen Geist einer großen Kulturration durch Landstreichsführer und Demagogen gekostet werden konnten.

Nach vielen Befundungen in dem rohen Bekenntnisbuch Adolf Hitlers haben seine ganze Nazifisten- und Judenverfolgungen zuletzt außenpolitische und kriegerische Gründe. Er schreibt mit klarer Deutlichkeit, daß Deutschland erst von diesen inneren Feinden gesäubert werden müsse, ehe der Kampf nach außen vorgetragen werden könne.

Selbst wenn Hitler zu der außenpolitischen Kriecherei, die er seit Jahr und Tag betreibt, nun auch noch die unvorstellbare Selbstdemütigung einer Schmelzhanfenverbrennung seines fürchterlichen Buches hinzufügen würde, hätte sich nichts geändert. Die von ihm gearänderte und gefälschte nationalsozialistische Bewegung muß sich in den Geschehnissen vollenden, noch denen sie angetreten ist: Haß, Terror, Gewalt, Krieg.

Sehr viele unterrichtete Franzosen wissen das sehr wohl, und sie suchen das andere Deutschland, das nicht von Hitler repräsentiert wird. Es wird auch mehr und mehr darauf hingewiesen, daß das außenpolitische Bekenntnis Cavails in der französischen Kammer bei aller Höflichkeit der Form sich nicht von denen Parliaments untercheiden, Frankreich werde die vertragswidrige Aufstellung des „dritten Reiches“ nicht anerkennen und sich nicht mit der vollendeten Tatsache abfinden. Auch Paval verweise Deutschland auf die Verhandlungen im Völkerbund. Es sei das im Grunde eine höfliche aber entschiedene Ablehnung des Standpunktes, den Baldwin als Sprecher der englischen Regierung im Unterhause vertreten habe. Auch müsse Frankreich die nötige Rücksicht auf seinen neuen russischen Verbündeten nehmen.

Das sind die Stimmungen, in denen Frankreich den Stellvertreter des „Führers“ erwartet.

Bonzentod im Auto

Weimar, 9. Dez. Der Gauleiter von Thüringen teilt mit: Samstag abend verließ der SA-Gruppenführer und thüringische Staatsrat Dr. Viktor Junke an den Folgen eines schweren Autounfalls. Er beabsichtigte, mit seinem Kraftwagen zur Ausübung seiner Sammelstätigkeit anlässlich des Tages der nationalen Solidarität nach Apolda zu fahren. Sein Wagen geriet am Ausgang der Stadt Weimar, am Flughafen, infolge der Glätte der Straße ins Schleudern und schlug mit der rechten Hinterseite, wo unglücklicherweise der Gruppenführer saß, gegen einen starken Baum. Dr. Junke wurde aus dem Wagen geschleudert und fiel so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbasisbruch erlitt. Es trat im Gehirn eine innere Blutung ein, dazu kam Atemlähmung und Herzschwäche, die dann den Tod herbeiführte.

Die Teuerung

Mund halten!
Die NS-Spann in Duisburg versendet folgendes Mund-schreiben:
An alle Mitglieder!
Wir haben in letzter Zeit festgestellt, daß in den Verkaufsläden die Debatten über Preissteigerungen nicht zur Ruhe kommen. Des weiteren haben wir festgestellt, daß sich an Preissteigerungs-Debatten auch die Laden-Inhaber beteiligen.
Sollten wir dieses von Ihnen hören, werde ich sofort Ihr Geschäft schließen.
Pamerk.

„Junge Kirche“ verboten

Berlin, 10. Dez. Durch den Regierungspräsidenten in Hildesheim ist zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die in Göttingen erscheinende Halbmonatsschrift für reformatorisches Christentum, „Junge Kirche“, auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Die deutsche Dirigentenkrise

Strauß in Berlin
Berlin, 10. Dez. Die Nachricht, daß Richard Strauß sich solidarisch zu Kurtwängler bekennen wolle, bestätigt sich nicht. Der Präsident der Reichsmusikammer bemüht sich vielmehr um eine Vermittlung. Er hatte am Freitag eine Besprechung mit Reichspropagandaminister Dr. Goebbels. In der Frage der Nachfolge Kurtwänglers scheint noch keine Entscheidung gefallen zu sein. Es wird jedoch behauptet, daß der Kassener Generalmusikdirektor Dr. Peter Raabe zum Leiter des Philharmonischen Orchesters ernannt worden sei. Eine Behätigung dieser Nachricht steht noch aus. Raabe hatte am Donnerstag an Stelle Kurtwänglers das Philharmonische Orchester anlässlich der großen Kundgebung der Reichskulturkammer dirigiert.

Verzicht auf das „bolschewistische Siedlungswerk“

Berlin, 10. Dezember.
Nachdem der „Ansbacher“ Gottfried Feder auch von seinem Posten als Siedlungskommissar abgelöst worden ist, ist das Ressort des Siedlungswesens wieder dem Reichsarbeitsministerium unterstellt worden. Der Erzarbeitsminister hat unter dem Einfluß der ostelbischen Junker steht, wird also über die weitere Art der Durchführung des Siedlungswesens zu bestimmen haben. Es ist außerordentlich schwer, genau zu erfahren, was eigentlich in der Frage des Siedlungswesens hinter den Kulissen vor sich gegangen war. Es muß aber angenommen werden, daß Feder im Einklang mit dem Programm der NSDAP, die Arbeit hatte, das Siedlungswesen weiter auszubauen. Feder hat vor einigen Monaten, als er zum Reichskommissar für Siedlungswesen ernannt wurde, ausdrücklich erklärt, er werde die Bedenken von Erwerbslosen auf Land überstudieren und ihnen auf diese Weise eine feste Existenzgrundlage schaffen. Von der praktischen Durchführung dieser Maßnahme, ja selbst von der Annahme dieser Pläne, hat man in der Zwischenzeit nichts gehört, und es muß angenommen werden, daß Feder aus finanziellen sowie aus politischen Gründen auf Widerstand gestoßen war. Finanziell hätten seine Maßnahmen den ohnehin schon schwer belasteten Reichetat im Westen gebracht. Außerdem aber wollten die ostelbischen Junker den großen Plan Feders nicht durchführen lassen, weil dadurch ihr Besitz angegriffen werden könnte. Wegen dieser „bolschewistischen Pläne“ liefen die Kreise um Oldenburg-Jaunisch den Sturm, und es scheint, daß es ihnen sehr, ebenso, wie leuzertelt unter Bräunung, gelungen ist, durch Intrigen hinter den Kulissen ihre epolitischen Interessen wahrzunehmen. Die Auflösung des Reichskommissariats für Siedlungswesen zeigt also deutlich, wer unter Hülse eigentlich herrscht und bestimmt.

Gleichgeschaltete Medkereien

Eine außerordentlich haarsträubliche Medkerei hat sich das gleichgeschaltete Mlenstagsblatt der Kirchen-gemeinde St. Petri, „Glaube und Heimat“, angeeignet. Unter der Überschrift „Hast du dein Schlafgeld schon zusammen?“ heißt es in weiterem Ton:
„Da steht wieder ein junger Mensch an der Tür. Ganz beschelden, ja etwas scheu. Er weiß, daß das Betteln verboten ist und daß er einige Töne drummen muß, wenn man ihn anzeigt (Man wird doch nicht, Herr Pastor? D. Red.)
„Ich habe mein Schlafgeld noch nicht zusammen.“ Mehr sagt er nicht... Ich sehe mir den jungen Menschen etwas näher an, lasse ihn antreten und frage ihn nach dem Woher und Wohin? Es ist die alte traurige Geschichte. Er war erwerbslos geworden und hatte nun dabeim haberefangen sich um Arbeit bemüht, ohne Erfolg. Schließlich hatte er es nicht länger ausgehalten. Die Hoffnung, daß doch irgendwo in deutschen Landen ein arbeitswilliger, fleißiger Mensch mit guten Zeugnissen einen Verdienst finden müsse, hatte ihn fortgetrieben. So war er als Opfer der Goebbelsischen Arbeitsbeschäftigung d. Red.) von einem Ort zum anderen gewandert und hatte überall erfahren müssen, daß für einen Fremden noch viel schwerer Arbeit zu haben ist als für einen Einheimischen.
„Geben Sie doch ins Wanderheim!“ So rief ich ihm. „Da war ich schon vier Tage, länger darf ich dort nicht bleiben.“ Auch auf den Behörden war er schon gewesen. Aber dort hatte man ihn weiter geschickt. Man hatte so obnein genau zu tun mit den eigenen Erwerbslosen und suchte den Zusun von außerhalb fernzuhalten. So blieb ihm nichts, als sich sein tägliches Brot zusammenzuflechten und vor allem das Schlafgeld aufzubringen, um doch für die Nacht unterzukommen
Zoweit die Schilderung, die von Herrn Pastor Denker aus Paderborn kommt, offensichtlich bekommt der Herr Pastor für seine ausgeleitete Offendertätigkeiten keine Nachsicht. Denn nach den hundertprozentig wahrhaftigen und gewissenhaften Aufstellungen des Reichspropagandaministers gibt es erstens in Deutschland keinen Menschen, der hungert und leidet und zweitens keinen Menschen mehr der bettelt — außer den bezahlten Kaffeebittern, die dem deutschen Volke Sonntag für Sonntag das Leben mit der Sammelmühle erschweren

Das Dementi der Reichstagsbrandstifter

Das Reichspropagandaministerium in Verlegenheit

London, 10. Dez. (Anpreß): Das Propagandaministerium hat es bei der Erklärung im Deutschen Nachrichtenbüro, daß das im Pariser „Journal“ veröffentlichte Ernst-Dokument falsch sei, nicht bewenden lassen. Die Enthüllung ist den nationalsozialistischen Brandstiftern so in die Glieder gefahren, daß das Propagandaministerium den Berliner Korrespondenten der „Times“ zu sich gebeten und dort den „Sturmtrupp-Brigadeführer Richard Nieldler“ präsentiert hat, um zu beweisen, daß der Nieldler, von dem Ernst in seinem Brief spricht, noch lebt.
Man ist keineswegs erschüttert, warum die Echtheit des Briefes von Ernst erschüttert sein könnte oder auch nur angezweifelt werden könnte, weil Nieldler noch lebt. Der Brief von Ernst wurde am 3. Juni 1933 von ihm verfaßt. Die Erdichtungen begannen am 30. Juni. In diesem Brief konnte kein Wort darüber stehen, daß Nieldler ermordet sei. Ob er also lebt oder tot ist, ist für die Authentizität des Dokuments völlig bedeutungslos.
Es verrät das Schuldbewußtsein der Nazis, daß sie sich an eine Nebenfrage klammern und zu dem Dokument selbst durch das Dementi des Nieldler, in der verwaschenen Form Stellung nehmen. Das bemerkt übrigens auch der

„Daily Telegraph“: „Das ist in allgemeinen Worten gehalten und geht auf keine Details ein.“ Aber auch der Korrespondent der „Times“ erklärt, daß in dem „Deutschen Führer-Verikon“ an der Stelle, wo Nieldler als Reichstagsabgeordneter hätte erscheinen müssen, sich eine weiße Seite findet. Es gibt viele solcher weißen Seiten in dem Buch, die gewöhnlich die Personen zu bezeichnen pflegen, die ein Opfer der „Reinigung“ wurden. Die „Times“ erinnert weiter daran, daß Heildorf, der laut dem Ernst-Dokument von der Lubbe auftritt, den Hol-länder im Reichstagsbrandprozeß anführte. „Nieldler heb mal den Schädel hoch.“ daß Lubbe, der keine Ermahnungen des Vorsitzenden beachtete, diesem Befehl von Heildorf sofort gehorchte.
Stockholm, 10. Dez. (Anpreß): Wie wir erfahren, hat der bekannte schwedische Rechtsanwalt Branting, der zuerst über das Ernst-Dokument berichtete, heute in einer Erklärung an die englischen Telegrafennachrichten den angeblichen Nieldler aufgefordert, ihn zu verklagen, um auf diese Weise eine gerichtliche Untersuchung und die Feststellung der Identität des angeblichen Nieldler zu erzwingen.

Der ungarisch-jugoslawische Konflikt

Noch keine Einigung in Genf

Genf, 10. Dezember.
Während diese Zeilen durchgegeben werden, ist eine Entscheidung des Völkerbundsrates noch nicht gefaßt worden. Die gestrigen Verhandlungen sind in der Hauptsache den Kompromißvorschlägen gewidmet worden.
Es ist viel beachtet worden, daß neben Italien auch Polen offen für Ungarn Partei ergriffen hat. In dieser Tatsache erblickt man nicht nur die Auswirkungen der derzeitigen Keile Gombos nach Warschau, sondern auch die offene Schwankung Polens zu den Gegnern Frankreichs und seiner Bundesgenossen. Dieser Umstand ist in hiesigen politischen Kreisen hart beachtet worden, gerade im Zusammenhang mit der in diesen Tagen ebenfalls in Genf zwischen Rumänien und Jugoslawien getroffenen Vereinbarung über die Ablehnung zweifelhafte Verträge.
Der jugoslawische Außenminister Tzvetkoff, unterstützt von seinem rumänischen Kollegen Titulescu, verlangte kategorisch, daß in der Entscheidung, die der Völkerbundsrat heute annehmen soll, der ungarischen Regierung ein Tadel für ihr Verhalten ausgesprochen wird. Italien und Polen erklären ihrerseits kategorisch, daß sie eine solche Erklärung nicht zulassen würden. Vaval versuchte durch dauernde Unterhandlungen eine Verständigung zu erreichen. Es hat auch den Anschein, als ob die Vertreter der Kleinen Entente vorläufig auf ihrer blöberigen Forderung beharren, was auch in der heute angefangenen Rede Titulescus zum Ausdruck gebracht werden soll. Voraussichtlich wird heute der englische Vertreter Eden zum Generalsekretär in der Frage des jugoslawischen ungarischen Konflikts ernannt werden. Eden wird dann versuchen, eine Verständigung herbeizuführen.
Inzwischen hat sich die Situation bedauerlicherweise durch die Massenauweisungen ungarischer Staatsangehöriger aus Jugoslawien verschärft. In politischen Kreisen findet die Tatsache Beachtung, daß die gesamte englische Presse diese Ausweisungen anschwärze verurteilt. Nach noch nicht beendigten Meldungen soll die Budapest-Regierung Gegenmaßnahmen getroffen und zahlreiche jugoslawische Staatsangehörige ausgewiesen haben. Diese Massenauweisungen tragen naturgemäß nicht zur Verhütung der Lage bei.

Nabe empfehle, die Suche nach einer annehmbaren Lösung nicht erleichtern werde.
Im „Journal“ meint Saint-Brice, man müsse offen eingestehen, daß der zweite Tag der Genfer Debatte über Marzelle nicht den Erwartungen entsprochen habe, die man in die intervenierende Tätigkeit des Völkerbundes gesetzt habe. Man müßte noch viel schärfer Kritik an dieser Sitzung üben, wenn nicht durch die Wolken der Sonnenstrahl der Vaval-Rede gebrochen wäre.
Auch der dem Auswärtigen Amt nahestehende „Petit-Parisien“ hebt den starken Eindruck hervor, den die Rede Vavals auf die Völkerbundsdelegierten gemacht habe. Er schildert, daß in Genf allgemeines Ersauern über die ein wenig fahle Haltung Großbritanniens herrsche, das nach jugoslawischer Ansicht die Dinge von einer zu hohen Barre aus und zu fern ansehe.
Die ungewöhnlich gut unterrichtete Sonderberichterstatterin des „Deuxieme“, Genevieve Tabouis, meint ziemlich pessimistisch, die politischen Stimmungen Genfs täuschen sich selten: sie wissen genau, daß, wenn eine Krise bedenklich wird, sie sich bald glücklicherweise lösen wird — sonst hätten sie bei Schluß der Debatte über den ungarisch-jugoslawischen Streitfall einige Unruhe empfinden müssen. Jedenfalls scheint allen, daß es schwieriger ist denn je, eine Lösung zu finden. In den Kreisen der Völkerbundsdelegierten, so sagt Genevieve Tabouis weiter, wird besonders die Wichtigkeit der Tatsache erörtert, daß für Frankreich Jugoslawien, das gegenwärtig mit fünf oder sechs anderen Balkanstaaten durch Wirtschafts- und Militärvereinbarungen freundschaftlich verbunden ist, alles in allem ein Zusammenarbeiten von 60 Millionen Menschen darstellt, die sich auf die große Sowjetrepublik stützen können. Ebenso wird allgemein der Unterredung, die Vaval mit dem Baron Aloisi haben wird, besondere Bedeutung beigegeben.
Die Sachlage, so schließt Frau Tabouis, ist deshalb schwierig, weil man baldigst eine Lösung finden muß, um den Diskussionen ein Ende zu bereiten, welche nach Ansicht aller das allgemeine Einvernehmen gefährden können.“
Im „Matin“ erklärt Philippe Barres, es sei gewiß, daß Genf nicht darauf verzichten könne, eine deutliche Genehmigung zu erlangen. Er brauche es moralisch. Sein Kabinett würde eine Genfer Entscheidung nicht überleben. Es würde durch eine viel intransigenteren Regierung ersetzt werden, die den Völkerbund in eine schwierige Lage bringen würde. Es wäre weder gerecht noch klug, wenn Jugoslawien sich zurückgelehrt hätte und sich unter Berufung auf den Artikel 15 des Völkerbundsstatuts selbst sein Recht verschafft.

Das Urteil der Pariser Presse

(Von unserem Korrespondenten.)
Paris, 10. Dezember.

Die große Debatte, die sich am Sonntag in Genf über das Marzeller Attentat entsponnen hatte, ist beendet. Sie hat keine eindeutige Meinung ausgelöst. Drei Mitglieder des Rates, Polen, die Tschechoslowakei, die Türkei — höchstwahrscheinlich auch Rußland — sind entschlossen, nach den für das Verbrechen Verantwortlichen weiter zu forschen. Die Erklärungen der anderen Mächte sind so vage, daß man noch nicht weiß, worauf sie hinauslaufen. Alle brandmarken das Attentat von Marzelle, aber nur einige wollen nach den Ursachen forschen... Der Vertreter Chiles hat als Schlußfolgerung der Debatte erklärt, daß der Völkerbund in aller Form das Verbrechen von Marzelle verdammt und die Notwendigkeit anerkennt, gemeinsam gegen den Terrorismus zu kämpfen. Darum würde der Rat das Büro bitten, eine Vereinbarung auszuarbeiten, die den Regierungen mitgeteilt, im Januar geprüft und auf der nächsten Vollversammlung im September beraten werden sollte. Aber all dies, so schließt James Donnadieu, der Genfer Sonderberichterstatter des „Aiglon“ seine Ausführungen, kann Jugoslawien keine Genugtuung bieten.
Dieses im „Aiglon“ ausgedrückte Gefühl der Unbefriedenheit über den Verlauf der Genfer Debatte wird von der gesamten französischen Presse, die sich ziemlich befreit zeigt, geteilt. Der „Aour“ schreibt, niemand verhehle sich, daß die Situation ernst bleibe und daß die Haltung Großbritanniens, das abseits der Diskussion bleiben möchte, in dem es sowohl dem einen wie dem anderen Maßnahme und

Bukarest, 10. Dezember.

Zur Behandlung des ungarisch-jugoslawischen Konfliktes im Völkerbund schreibt „Univerul“, der ungarische Delegierte habe angekündigt, daß er eine Verteidigungsschrift seines Landes überreichen werde. Er rechne dabei darauf, daß die in diesem Schriftstück niedergelegten Behauptungen aus Zeitmangel nicht widerlegt werden können. Titulescu habe indessen dieses Manöver durchkreuzt und für Wiederanahme der Debatte am Montag geistert. Es werde täglich mehr und mehr bewiesen, daß Ungarn nur ein Inge: durch Antritten, durch Propaganda, durch direkte Handlungen und Maßnahmen ihren Revisionsplan zu verwirklichen.
Die demokratische „Aupa“ erörtert ihrerseits, man müsse jetzt eine Haltung einnehmen, die trotz Tostes und Wählgang doch die Festigkeit nicht ausschlebe. Die moralische Verantwortung der ungarischen Einmischung in den revisionistischen Terrorismus sei das einseitig und gleichzeitig das gemächliche Mittel, um Verwicklungen als Folge der Marzeller Tragödie zu vermeiden.

Ausbau der französisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

Moskau, 10. Dezember.

Die französische Handelsdelegation mit Handelsminister Marchandeau an der Spitze, hat gestern abend Moskau verlassen. Es heißt, daß die gesamte Delegation direkt nach Paris zurückkehren, was insofern überrascht, als es heißt, daß Marchandeau auf dem Rückwege sich in Berlin aufhalten werde, um noch einige Fragen zu klären, die sich aus den jüngsten deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ergeben haben.
Ueber das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen wird berichtet, daß es Marchandeau gelungen ist, von Rußland das Zugeständnis für eine erhöhte französische Ausfuhr zu erlangen. Jedoch hat sich Rußland verpflichtet, französische Waren in steigendem Umfang unter der Bedingung der Gewährung von langfristigen Krediten einzuführen. Wahrscheinlich wird unter diesen Umständen die französische Regierung, wie das schon in Deutschland der Fall war, eine Ausfallbürgschaft für die französischen Exporteure, soweit sie langfristige Kredite gewährt werden, übernehmen.
Das französisch-russische Handelsabkommen wird in seiner endgültigen Form in Paris unterzeichnet, wofür in den nächsten Tagen der Volkskommissar für Außenhandel, Kosencholski, fährt.

Die internationale Polizeitruppe

London, 10. Dez. Den Blättern zufolge werden voraussichtlich zwei Bataillone britischer Infanterie und eine Abteilung Panzerwagen nach dem Saargebiet gesandt werden. Es verlautet, daß das italienische Kontingent ebenfalls von Panzerwagen begleitet sein wird. Die Gesamtstärke der Truppen dürfte 3000 nicht übersteigen.
Der französische Außenminister Vaval hat die englische und italienische Regierung wissen lassen, daß Frankreich gratis den Transport der für die Saarbesetzung in Frage kommenden englischen und italienischen Truppen vornehmen wird.



Für DEUTSCHLAND gegen HITLER

Neue überfüllte Einheitsfront-Kundgebung

„Am 13. Januar: Adolf Hitler mitten ins Herz!“

Am Sonntag fanden die Funktionärversammlungen der beiden sozialistischen Parteien statt.

Während eine sozialdemokratische Delegation mit Max Braun an der Spitze im Saalbau die Kommunisten begrüßte, sprach der Führer der Kommunisten, Fritz Pfordt, zu den sozialdemokratischen Funktionären. „Ich hoffe — rief Pfordt, unter brausem Beifall der Versammlung aus, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo die Funktionärversammlungen der beiden proletarischen Parteien nicht mehr getrennt, sondern gemeinsam tagen werden.“

Der Hauptreferent, der aus allen Teilen des Saargebietes zahlreich besuchten Funktionärversammlung war das Mitglied der Genfer Delegation, Julius Schwarz, vom Bergarbeiterverband. Schwarz berichtete ausführlich über die Verhandlungen in Genf und ging insbesondere auf die feierliche Erklärung des Völkerbundesrates ein, daß, wenn die Saarbevölkerung in einem späteren Zeitpunkt eine andere Haltung Deutschland gegenüber einnehmen wird, der Wille der Bevölkerung respektiert wird.

Auf die Vereinbarungen über die Kohlengruben eingehend, wies Schwarz unter anderem darauf hin, daß den Franzosen die Ausbeutung der Warndt-Gruben bis zum Jahre 1940 überlassen worden ist. Vor Jahren hat eine Regierung des Weimarer Systems eine Denkschrift durch Professor Schäding ausarbeiten lassen, in welcher die Ausbeutung der Warndt-Gruben als völkerrechtswidrig dargestellt wurde. Und diesen völkerrechtswidrigen, das deutsche Nationalvermögen schädigenden Zustand, sanktioniert die Regierung der „nationalen Erhebung“, die im Mai 1933 durch den Maulhelden Goebbels in zwei Rufen erklärt wurde, sie werde den Warndt ausfischen! Und heute haben diese „Helden“ die Erschließung der Warndt-Gruben den Franzosen, dem „Erbsfeind“ überlassen!

Schwarz behandelte auch eingehend die Frankenfrage. Das „Dritte Reich“ habe sich im Falle der Rückgliederung verpflichtet, sämtliche im Saargebiet befindlichen Devisen zu beschlagnahmen und diese zu einem Zwangskurs in Mark umzutauschen. Allein in den saarländischen Sparkassen liegen 750 Millionen Franken. Die kleinen Sparer und Geschäftslente werden dafür die Hitler-Mark bekommen, deren Kaufkraft geringer ist und die sehr bald auch völlig wertlos werden kann. Wer unbedingt wieder Inflationmillionär sein will, der wähle Hitler! Am Schluß seiner ausgezeichneten Ausführungen bestätigte Schwarz noch einmal, daß die Renten, Pensionen usw. im Falle des Status quo vom Völkerbund garantiert sind.

Eine kurze und höchst wirkungsvolle Ansprache hielt Max Braun, von den Funktionären förmlich begrüßt. „Der Sieg in Genf ist geschehen — rief er aus — jetzt gilt es den Sieg an der Saar zu schlagen.“ Jetzt, nachdem dem Saarvolk das unbefristete Recht auf die zweite Abstimmung zuteil wurde, handelte es sich nur darum, für oder gegen Hitler.

Braun begrüßte die Tatsache, daß keine französischen Truppen an die Saar kommen, da dadurch die Diffamierung der Abstimmung durch die Röhling-Front vereinfacht wird. Wenn überhaupt nach der Saar Truppen kommen, so sei das nur auf die perfiden Terrormethoden der „deutschen Front“ zurückzuführen. Während wir leinerezeit, 5 Jahre vor Ablauf der Frist, deutsche Gebiete von fremden Truppen freigemacht haben, gibt Hitler keine Zustimmung zum Einmarsch. Braun wies dann auf die Gefahr der Teilung des Saargebietes hin, das vom Völkerbund und dem Dreier-Ausschuß vorgegeben ist, und erklärte, daß eben deshalb gegen Hitler gestimmt werden müßte, damit später das Saargebiet geschlossen zu Deutschland zurückkehren kann. Unter brausem Beifall der Versammlung schloß der Führer der Einheitsfront seine kurze Ansprache mit den Worten:

„Am 13. Januar treffen wir Adolf Hitler mitten ins Herz.“

Erst die Abstimmungskommission hat den Terror gebrochen, der der Einheitsfront an der Saar den größten und repräsentativsten Saal Saarbrückens, den Saalbau, verpagte. Genau vor zwei Monaten fand hier ihre erste Kundgebung statt. Für jeden Teilnehmer ist sie ein unvergeßbares Erlebnis geblieben. Im überfüllten Saale wogte den Rednern der Einheitsfront immer wieder stürmische und begeisterte Zustimmung entgegen.

Für Samstagabend war eine neue Kundgebung der Einheitsfront angesetzt. Besonders Vorsichtige gingen schon lange vor sieben Uhr zur Kundgebung. Aber sie erlebten eine Überraschung! Vor dem Eingang brandeten drängende Massen. Wer endlich mit einer Gruppe von Eingelassenen durch die vielseitigen Kontrollen hindurchgeschlüpft war, der sah bereits den großen Raum überfüllt und hatte Mühe, noch in irgendeiner Ecke einen Stuhl zu entdecken.

In dieser Stunde bis zum Beginn kamen immer neue Scharen. Sie bestanden teils aus den Saarländern, die drangen in die Gänge, und oben auf den Rängen sah es fast bedrohlich aus. Wir hatten Zeit genug, die Besucher zu mustern. Arbeitsvolk aller Grade aus der Großstadt, aber auch viele selbständige Leute, Mittelständler, Handwerker und hin und wieder Männer und Frauen, die man vielleicht im Strafengetriebe für getreue Hitleranhänger gehalten hätte. Man läuscht sich an der Saar eben in vielen. Nur in einem nicht: Menschen, die eine Versammlung der Einheitsfront besuchen, stimmen ganz gewiß gegen die „Heimkehr“ der Saar zu Hitlerdeutschland, während unzählige Besucher der Kundgebungen der braunen Front trotz eifrigem Armheben höchst unsichere Kantonsisten sind.

Endlich war es 8 Uhr! Fanfaren schmettern vom Podium. Alles springt auf, wer nicht sehen kann, erklummt seinen Stuhl. Es folgt ein glänzend durchdachter Aufmarsch, der die Massen zu leidenschaftlichen Beifallsbezeugungen hinführt. Schilder werden getragen mit prägnanten Sätzen, bewegte Juruse, die sich zu minutenlangem Befehlsverständnis steigern, als die Führer der Einheitsfront, an ihrer Spitze Max Braun und Fritz Pfordt sichtbar werden. Man hat viele Wahlversammlungen im Reich gesehen, in denen die Wogen sehr hoch gingen, aber diese hier ist etwas anderes. Diese Menschen an der Saar wissen, daß in fünf Wochen über das Schicksal ihrer Heimat und über ihr eigenes entschieden wird.

Max Braun ist der erste Redner. Nachdem sich der langanhaltende Beifallssturm gelegt, weist er auf das „Beitragsgeschenk“ hin, das der Völkerbund dem Saargebiet bereitet hat. Es sind die 5000 Mann internationaler Polizeitruppen, die durch Adolf Hitlers Mitunterstützung in Kürze auf deutschem Boden erscheinen werden. Hätte dem ein republikanischer Minister zugestimmt: er wäre gefüllt worden. Weimar ist die Befreiung der Rheinlande von fremder Belegung gelungen; unter dem „Führer“ wird sie mit seiner Zustimmung jetzt wieder an die Saar geholt. Das ist die Folge der Terrorhebe. Diese Truppen wären nicht nötig gewesen, wenn die Gegner dieser Disziplin gehalten hätten wie die Einheitsfront.

Zusammengedrungen ist die Hebe gegen Frankreich, das sich an der internationalen Polizeitruppe nicht beteiligt. Dafür aber ist die Verlogenheit der braunen Front und ihrer Presse angeht die Genfer Beschlüsse um so größer. Eindeutig ist hier festgelegt worden, daß im Falle des Status quo der Völkerbund kraft seiner Souveränität das Recht hat,

die Selbstbestimmung der Saarländer zugunsten eines wiederbefreiten Deutschlands zu ermöglichen und anzuerkennen. Ein wichtigeres und klareres Ergebnis ist nicht denkbar, denn der Rat hat in allen seinen Interpretationen immer wieder die Tatsache der zweiten Abstimmung ganz eindeutig festgelegt.

Unter stürmischen Beifallsbezeugungen gab dann Max Braun die Parole der Einheitsfront. Wer nach den Genfer Beschlüssen noch für die Rückgliederung aus „dritte Reich“ eintritt, also für Hitler ist, der ist für den Raub der Freiheit, den Reichstagsbrand, die Kameradenmorde, die Konzentrationenlager, für den kommenden Krieg. Wir lieben Deutschland ebenso sehr, wie wir Hitler hassen. Wir müssen die Bahn freilegen für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes, für die Wiederkehr der Freiheit und des Rechts, dem Sozialismus entgegen. Das Tor ist aufgestoßen, der Weg geht über den 13. Januar. (Minutenlange Beifallsbezeugungen.)

Ebenso laut und anhaltend begrüßt, nimmt dann Fritz Pfordt das Wort. Er betont mit gleicher Entschiedenheit wie Braun, daß die Genfer Beschlüsse die zweite Abstimmung ganz unzweideutig festlegen. Sie werden uns jetzt zu einem Kampfe anfeuern, daß den Herren von der braunen Front und von der braunen Presse angst und bange werden dürfte. Sie legen fest, Laval habe nur für die gegenwärtige Regierung gesprochen. Das ist unklar. Seine Äußerungen in Genf, die protokolllarisch festgelegt wurden wie alle übrigen auch, sind die Stimme Frankreichs. Für den Fall des Status quo sind uns, das steht fest, die demokratischen Freiheiten gesichert. Wenn wir, wie uns unterstellt wird, Franzosen werden wollten, dann hätten wir nicht nötig gehabt, monatelang um die Möglichkeit der zweiten Abstimmung zu ringen und uns einen Weg zur Rückkehr in die große deutsche Gemeinschaft zu sichern. Pfordt wies dann auf die besonderen Verdienste hin, die sich der russische Vertreter Litwinow um das Zustandekommen der entscheidenden Genfer Beschlüsse erworben habe. Selbstbestimmung der Völker sei ja auch das Grundprinzip der sozialistischen Ordnung in der Sowjetunion. (Langanhaltender Beifall.)

Dann ergriff der Bergarbeiterführer Julius Schwarz das Wort. Auch er war in Genf als Mitglied der Saar-Delegation der Deutschen Einheitsfront und konnte darum sehr anschaulich über die für die Saar lebenswichtigen Beschlüsse berichten. Für den Fall der Rückgliederung will also Hitlerdeutschland die Saargruben zurückkaufen, — aus welchen Mitteln wird die Summe kommen? Es sind überwiegend die Spargroschen der Arbeiter, von denen man in Rom und in Genf viel zu wenig gesprochen hat. Immer wieder betonte Schwarz unter bewegten Beifallsbezeugungen, daß die Saarbergleute gegen die Rückgliederung kein müßten — gerade um ihres Deutschtums willen, zu dem sie sich unverbrüchlich bekennen. (Langanhaltender Beifall.)

Von Anfang bis zu Ende war die gewaltige Kundgebung von der gleichen Stimmung erfüllt. Nie zu Hitler — für den Status quo! Der Weg ist frei zur späteren zweiten Abstimmung, wenn Deutschland von seinen gegenwärtigen un-deutschen Machthabern erlöst sein wird. Brausende Rufe — dann leerte sich langsam der Meisensaal. Die Kundgebung war für alle Teilnehmer ein unerlöschliches Erlebnis und hat dem Kampfeswillen der in der Einheitsfront vereinigten deutschen Menschen an der Saar neue Impulse gegeben.

„Einigkeit und Recht und Freiheit“

Der Christliche Volksbund ist am Sonntag mit einer geschlossenen Kundgebung in den Kampf für den Status quo eingetreten. Im großen Saale des Johannisboles drängten sich etwa 2500 Besucher. Viele konnten keinen Einfluß mehr finden. Vor dem Gebäude sammelten sich viele Reugierlinge, die mit Staunen wahrnahmen, wieviel Volk zu dem Bunde strömte, der noch den Versicherungen der „deutschen Front“ ein Bund ohne Volk sein soll. Die Versammlung tagte unter dem Zeichen eines riesigen Christuskreuzes als dem Kampfsymbol gegen das Hakenkreuz. Unter den Transparenten fiel vor allem eines auf: „Unter Führer ist Christus, nicht Hitler“.

Der Versammlungsleiter

Delheid-Kneufkirchen

hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß leider infolge des bekannten bischöflichen Erlasses, der den Geistlichen den Besuch politischer Versammlungen untersagt, kein Priester anwesend sein könne, jedoch wisse er, daß die überwiegende Mehrheit der katholischen Geistlichen des Saargebietes nicht nur mit ihrer Sympathie, sondern auch mit ihren Gebeten zu dem christlichen Kampf des Volksbundes stehe.

Erster Redner war der frühere Führer der saarländischen christlichen Bergarbeiter

Fritz Kuhnen,

der seit dem Jahre 1930 aus deutscher Reichstagsabgeordneter war und übrigens 12 Jahre der Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken angehört hat. Als Gutachter und Delegationsmitglied hat er neben dem Führer der sozialistischen Bergarbeiter Julius Schwarz in vielen Verhandlungen in Paris und in Genf die Interessen des deutschen Saargebietes vertreten. Er ging davon aus, daß die gleichgeschaltete Presse die politischen Beschlüsse des Dreierausschusses und die Erklärungen im Völkerbundsrat, die eine spätere Rückgliederung mit oder ohne neue Abstimmung an ein freies Deutschland ermöglichen, verneble und fälsche. Hier müsse nachdrücklich Aufklärung einströmen. Die ganze Presse habe die Beschlüsse richtig verstanden. Nur die gleich-

geschalteten Zeitungen täuschten und verdrehten. Kuhnen entwickelte dann, daß er jetzt wie keinmal für eine ungeteilte Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland sei. Jetzt schon müsse man mindestens mit einer harten Widerarbeit gegen Hitlerdeutschland am 13. Januar rechnen. Da der Völkerbundsrat das Ergebnis nur als Grundlage zu seiner Entscheidung zu nehmen brauche und im übrigen sich frei entscheiden könne, bestehe die Gefahr, daß das Saargebiet analog der Entscheidung in Oberschlesien, wo W. v. S. für Deutschland gestimmt hätten, geteilt werde. Die Gefahr sei noch erhöht worden durch drohende Erklärungen aus Hitlerdeutschland, z. B. durch den Saarkommissar Bürckel. Weder Frankreich noch Luxemburg, die allein in Betracht kämen, hätten Lust, einen Strom von Emigranten aus dem Saargebiet anzunehmen. Wer die Teilung des Saargebietes verhindern wolle, müsse am 13. Januar für den Status quo stimmen. Dann sei die spätere ungeteilte Rückkehr des ganzen Saargebietes in ein freies und christliches Deutschland sicher. Die Versammlung unterstrich die Befehlsmäßigkeit Kuhnen mit dröhnendem Beifall und ging übrigens bei allen Rednern begeistert mit. Jede Anspielung auf die Zustände im Reich wurde sofort begrüßt und insbesondere jede Ironisierung des „Führers“ und seiner Kreaturen gab zu demonstrativem Beifall Anlaß.

Der frühere Vorsitzende des Christlichen Bergarbeiterverbandes im Reich,

Oeinrich Imbusch,

Mitglied der versammlungsgebenden deutschen Nationalversammlung und langjähriger Reichstagsabgeordneter, ist einer der wenigen katholischen Führer, die nach ihrer Entfernung aus dem „dritten Reich“ nicht resignieren, sondern das alte Kampfbanner des freitbaren Katholizismus entrollt haben. Er zeigte sich auch in dieser Versammlung als der ungeborene frische Streiter, mit dem wir so manches liebe Mal, ehe das Mikroskop zur Macht kam, in scharfer und manchmal auch heftiger geistiger Auseinandersetzung die Waage kreuzten. Sowohl er wie Kuhnen distanzieren sich von den Marxisten, am weitesten natürlich von den Kommunisten. Die Methoden des Nationalsozialismus finden beide Redner „volksverrätend“. Jedenfalls lehnten sie den Nationalsozia-

lismus als Todfeind christlicher Kultur ab. Imbusch, der vorwiegend kulturpolitisch sprach, hielt dem Hitler und seiner Parteibonzo-Kratie das ganze Sündenregister vor vom Reichstagsbrand über den 30. Juni bis zum Kirchenkrieg und den Mauthausenverordnungen gegen die katholischen Bischöfe. Immer wieder gab es stürmischen Beifall. Rückkehr in dieses Deutschland? Nein! Wir wollen die Rückgliederung in ein christliches Deutschland. So auch die Parole von Imbusch.

Daß die Offensive des Herrn Reichsministers Dr. Goebbels mit seinem reichsamtlichen Geldschrankfuder und dessen angeblich geöhlenen Dokumenten dem Chefredakteur

Johannes Hoffmann

von der „Neuen Saar-Post“ nicht geschadet hat, bewies die Begrüßung, die ihm, als dem letzten Redner, die Versammlung bereite. Hoffmann bezeichnete in kräftiger Sprache die Anwürfe der Kriminalisten als erunten und erlogen. Er habe weder von dem beschuldigten französischen Grubeningenieur noch von einem andern französischen Geldbesitzer, Uebrigens habe er seinen Rechtsanwalt beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Die mächtige Versammlung schloß mit der dritten Strophe des republikanischen Deutschlandliedes „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“.

Wie die gleichgeschaltete Presse mitteilt, sind die Bergarbeiterführer Fritz Kuhnen und Oeinrich Imbusch, dieser als einer der Gründer des Verbandes, wegen ihrer Haltung in der Saarkrise aus dem Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter ausgeschlossen worden.

Viele Presseberichte, daß am gestrigen Sonntag ein bei Saarbrücken errichtetes Versammlungsziel sowohl vormittags wie nachmittags von je 4000 Mitgliedern der „deutschen Front“ gefüllt war. Die „Saarbrücker Zeitung“ nennt den Christlichen Volksbund und die sozialistische Einheitsfront ein „korruptes Häuflein der Reuegaten“ und spricht von einem kläglichen Volksbundesgruppchen im beschlagnahmten Johannisbof.

Das Blatt hütet sich aber wohl zu berichten, wie gewaltig die Kundgebungen der Anhänger des Status quo am Samstag und Sonntag besucht waren.

Durchschnittsarbeitseinkommen gesunken

Durch die Arbeitsbeschaffung haben der gleichgeschalteten Statistik zufolge mehrere Millionen Menschen Arbeit gefunden. Die braunen Skribenten und Redner haben wiederholt diesen groß „Sieg“ des Nationalsozialismus gepriesen. In Wirklichkeit hat es sich sehr bald gezeigt, daß hinter diesem Sieg Menschenschinderei und wirtschaftlicher Ruin steht.

Wir haben kürzlich eingehend die verschiedenen Arten der Arbeitsbeschaffung sowie die Methoden ihrer Finanzierung behandelt und dabei den Nachweis erbracht, daß die Arbeitsbeschaffung nach einer vorübergehenden Scheinblüte die Verschärfung der Krise erst recht herbeiführt. Der Niedergang des Exports, die Drosselung der Rohstoffzufuhr, die Produktionseinschränkung in der Textilindustrie, die unerträgliche Preissteigerung, der Goldschwund der Reichsbank sind alles Folgen der gewissenlos zur Verdummung der Arbeiterschaft in Szene gesetzten Arbeitsbeschaffung.

Darüber hinaus kam die Arbeitsbeschaffung vor allem der Unternehmerschaft zugute, während die Arbeiterschaft, insbesondere bei den Erd- und Tiefarbeiten, Kullilöhne erhielt und auch weiterhin bezieht. Hunderttausende von Arbeitern werden in einer Höhe entlohnt, die sich kaum von der Arbeitslosenunterstützung unterscheidet.

Diese Tatsache kommt in den Zahlen über das Einkommen aus Löhnen und Gehältern sehr deutlich zum Ausdruck. Gerade in diesen Tagen werden in der gleichgeschalteten Presse Zahlen über das angeblich gestiegene Einkommen veröffentlicht. „Höheres Arbeitseinkommen“ — so triumphiert die braune Presse mit dem „Berliner Tageblatt“ an der Spitze. Wenn man aber diese Berichte unter die Lupe nimmt, dann ergibt sich ein ganz anderes für das Hitler-Regime äußerst ungünstiges Bild.

Zunächst sei wiedergegeben, was beispielsweise das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Die Bewegung des Arbeitseinkommens, zu deren Feststellung sich das Statistische Reichsamt vor allem der Statistik der Beitragsleistungen, der Sozialversicherung und des Steuerabzuges vom Arbeitslohn bedient, spiegelt natürlich sehr getreu die wirtschaftliche Konjunktur wieder, zumal da sie fast immer der Entwicklung des gesamten Volkseinkommens parallel läuft. Seinen absoluten Höchststand hatte das Arbeitseinkommen mit rund 43 Milliarden RM. bei einem gesamten Volkseinkommen von 75,9 Milliarden RM. nach dem Kriege im Jahre 1929 erreicht. Im Jahre 1930 ging es auf 39,8, im Jahre 1931 auf 33,4, im Jahre 1932 auf 25,7 Milliarden RM. zurück. Die Senkung setzte sich auch noch im ersten Vierteljahr des Jahres 1933 fort. Die Entwicklung in den einzelnen Vierteljahren seit 1932 zeigt folgende Uebersicht (in Milliarden RM.):

- 1932:
 - 1. Vierteljahr: 6.362; 2. Vierteljahr: 6.529; 3. Vierteljahr: 6.514; 4. Vierteljahr: 6.306.
- 1933:
 - 1. Vierteljahr: 6.080; 2. Vierteljahr: 6.400; 3. Vierteljahr: 6.703; 4. Vierteljahr: 6.797.
- 1934:
 - 1. Vierteljahr: 6.764; 2. Vierteljahr: 7.313.

Diese Besserung setzte also im 2. Vierteljahr des Jahres 1933 ein, wobei allerdings die alljährlich festzustellende saisonmäßige Besserung zu berücksichtigen ist. Deutlich wurde die Tendenz zum Aufstieg, die sich ja auch in anderen Merkmalen äußerte, im 3. Vierteljahr, wo mit 6,7 Milliarden der Höchststand seit Anfang 1932 erreicht wurde. Die winterliche Einbuße, die im 1. Vierteljahr 1934 auftrat, blieb weit hinter den vergleichbaren Rückgängen in früheren Jahren zurück, und der Aufstieg im 2. Vierteljahr 1934 war wesentlich größer als in den vorausgehenden Jahren. Bekanntlich ist die Zunahme des Arbeitseinkommens

in der Hauptsache eine mengenmäßige Steigerung, verursacht durch das ständige Anwachsen der Zahl der Beschäftigten. Dieses Anwachsen hat bewirkt, daß der absolute Betrag des Arbeitseinkommens für das Jahr 1933 bereits um 270 Millionen Reichsmark über den des Jahres 1932 hinausging. Für das laufende Jahr rechnet das Statistische Reichsamt auf Grund der bisherigen Ergebnisse mit einer weiteren Zunahme um drei Milliarden.“

Dazu ist zunächst einmal zu sagen, daß das Arbeitseinkommen im Jahre 1933 trotz aller „gewaltigen Siege“ auf dem Gebiete der Arbeitsschlacht, nur um 25 Millionen Mk. gestiegen ist. Das Einkommen aus Löhnen und Gehältern stellte sich in dem schweren Krisenjahr auf rund 25,710 Milliarden Mark. Im Jahre 1933, nachdem nach amtlichen Angaben die Zahl der Beschäftigten um etwa 2 Mill. auf 13,3 Mill. gestiegen ist, hat sich aber das Einkommen auf nur 25,980 Mill. erhöht. Wie man sieht, ein sehr mageres Ergebnis!

Nun behauptet aber das „B. T.“, das Arbeitseinkommen sei im Laufe des Jahres 1934 gestiegen. Bezeichnenderweise bringt es nur Zahlen für das erste Halbjahr, während doch für das dritte Vierteljahr die Zahlen sicherlich bekannt sind. Aber erstens einmal ist das zweite Vierteljahr stets das konjunkturell günstigste — man kann also hier die besten Ergebnisse erzielen — und dann begann im dritten Vierteljahr die Produktionsdrosselung in einzelnen Industriezweigen, d. h. das Einkommen geht zurück.

Aber selbst diese, angeblich günstigen Vergleichszahlen zeigen bei näherer Betrachtung, daß das Durchschnittseinkommen zurückgegangen ist. Das geht deutlich aus den obigen amtlichen Zahlen über das Einkommen hervor, wenn man dieses Einkommen mit der Zahl der Beschäftigten vergleicht. Im Jahre 1932 stellte sich das Einkommen im 2. Vierteljahr auf 6,5 Milliarden Mark. Die Zahl der Beschäftigten betrug durchschnittlich 12,6 Millionen. Das Durchschnittseinkommen stellte sich also damals für den Zeitabschnitt von einem Vierteljahr auf die recht hohe

Summe von 517 Mark. Im 2. Vierteljahr 1933, betrug, trotzdem sich bereits die glorreiche Arbeitsschlacht auszuwirken begann, das Arbeitseinkommen nur 6,4 Milliarden.

Die Zahl der Beschäftigten stieg aber damals schon auf 13,3 Millionen. Das Durchschnittseinkommen sank somit auf 481 Mark. Diese Senkung des Einkommens erklärte sich einestheils mit den Auswirkungen der Papenschen Notverordnungen, andererseits mit der praktisch vorgenommenen Senkung durch die Hitlerregierung. Nun berichtet begeistert die Hitler-Presse, daß im 2. Vierteljahr 1934 das Arbeitseinkommen um fast eine Milliarde auf 7,3 Milliarden gestiegen ist. Nach den Meldungen des Instituts für Konjunkturforschung erreichte aber um diese Zeit die Zahl der Beschäftigten eine Höhe von 15,5 Mill. Demnach sank also das Durchschnittseinkommen erneut auf 472 Mark. Man vergleiche diese Zahl mit dem Durchschnittseinkommen im 2. Vierteljahr 1932 und man wird daraus ohne weiteres erkennen, daß das Durchschnittsarbeitseinkommen selbst auf Grund der offiziellen amtlichen Statistik unter dem Hitlerregime stark gesunken ist.

Dabei ist hervorzuheben, daß die amtlichen Zahlen lediglich das Gesamteinkommen aus Löhnen und Gehältern berücksichtigt. Würde man amtlicherseits allein das Einkommen der Lohnempfänger veröffentlichen, dann würde die Vergleichsstatistik noch ungünstiger ausfallen, und sie würde noch stärker, als es ohnehin schon der Fall ist, das gesunkene Lohnniveau der deutschen Arbeiterschaft offenbaren.

Aber selbst diese Tatsache gibt noch keinen richtigen Ueberblick über den Umfang des gesunkenen Durchschnittseinkommens, wenn die inzwischen erfolgte Preissteigerung unberücksichtigt bleibt. Die Preise sind bekanntlich für die Gegenstände des täglichen Bedarfs und vor allem für Lebensmittel durchschnittlich 15—20 Prozent gestiegen. Und wenn man noch die mehr oder minder zwangsweise erfolgten Abzüge für soziale und Parteizwecke in Betracht zieht, so kann man erst das Ausmaß der Senkung des Realeinkommens ermessen und erkennen, in welcher Weise der Lebens-

Niedergang der Textilausfuhr

Angeichts des zerrütteten internationalen Zahlungsverkehrs und der schleichenden Weltwirtschaftskrise, des Währungsdumpings, an dem sogar drei der mächtigsten Nationen der Welt beteiligt sind, des Boykotts und vieler anderer sachlicher und persönlicher Hemmnisse und Widerstände war jedoch die deutsche Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen, aus welcher allein die Bezahlung der notwendigen Rohstoffe bereitgestellt werden kann, vor derartige Schwierigkeiten gestellt, daß ernsthaft nach neuen Wegen Ausschau gehalten werden mußte. Vom Kompensationsgeschäft, dem unmittelbaren Tauschgeschäft zwischen den Kaufleuten verschiedener Nationen bis zu den neuen Handelsverträgen, welche den Ausgleich und die Anpassung der Wirtschaften ganzer Staaten zum Ziele haben — wie z. B. der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag — wurde alles versucht um eine Anpassung an die nun einmal gegebenen Verhältnisse zu erzielen.

Da der Welthandel auch im laufenden Jahre weiter zurückging, konnte, ganz abgesehen von den gerade auch in ihren Preisverhältnissen sehr komplizierten Kompensationsgeschäften, im wesentlichen nur unter neuen Preiszustimmungen exportiert werden.

Aber auch die größten Anstrengungen können keine Schranken überwinden, die in Form von übermäßigen Zöllen oder einschneidenden Kontingenten — wie in den Fällen der Vereinigten Staaten und Frankreichs — bestehen. Infolge ihrer anhaltenden Wirtschaftskrise haben z. B. die Franzosen die Einfuhr im laufenden Jahre derart rücksichtslos gedrosselt, daß nur halb so viel Textilfertigen waren wie im vorzugesetzten Jahre abgesetzt werden konnten.

Im Verkehr mit den Hauptkunden konnte Deutschland nur die Textilfertigenwarenausfuhr nach Schweden verbessern. Der Absatz in den wichtigsten Ausfuhrländern, deren Anteil nach wie vor etwa 72 Prozent beträgt, entwickelte sich dagegen wie folgt:

| Textilfertigenwarenausfuhr (in 1000 RM.): | | |
|---|-----------------|-----------------|
| | Jan.-Sept. 1934 | Jan. Sept. 1933 |
| nach: | 1934 | 1933 |
| den Niederländer | 66 484 | 91 264 |
| Großbritannien | 40 580 | 45 903 |
| Schweiz | 31 324 | 40 872 |
| Schweden | 31 627 | 31 008 |
| Vereinigten Staaten | 11 160 | 23 045 |
| Belgien | 15 845 | 19 658 |
| Dänemark | 16 633 | 17 606 |
| Norwegen | 11 989 | 14 272 |
| Frankreich | 7 192 | 13 119 |
| Insgesamt | 232 834 | 296 747 |

Dem stärksten Rückgang unterlag die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, die um mehr als die Hälfte abnahm. An ihm sind alle Positionen beteiligt. Die Baumwollhandelswarenausfuhr, die nach wie vor den wichtigsten Ausfuhrartikel liefert, zeigte den stärksten Widerstand und verminderte sich mengenmäßig nur um etwa 25 Prozent, während die übrige Baumwollgewebeausfuhr etwa um 40 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückging. Nach den letzten Berichten haben sich außerdem die Aussichten für den deutschen Stoffhandels wieder verbessert.

Um den enormen Rückgang der Textilwarenausfuhr unter dem glorreichen Hitlerregiment in seinem ganzen Ausmaße zu erkennen, sei daran erinnert, daß die deutsche Textilindustrie in den Zeiten der „verrohten marxistischen Mißwirtschaft“ jährlich ungefähr für 1,5 Milliarden Mark ausfuhrte.

standard des deutschen Arbeiters unter der „sozialistischen Hitlerregierung“ gesunken ist.

Mit dieser sich aus der Statistik ergebenden Kaufkraftschwächung der Arbeiterschaft scheint die gute Beschäftigung der Industrie und das Ansteigen der Umsätze im Einzelhandel im Widerspruch zu stehen. Tatsächlich muß aber der bessere Geschäftsgang weitgehend auf Käufe der besser gestellten Schichten zurückgeführt werden, wo einerseits früher unterlassene Ersatzbeschaffungen vorgenommen wurden und andererseits die vielumstrittenen Vorratskäufe, hervorgerufen durch die nicht unberechtigte Furcht einer Warenverknappung stattfanden. Die „Frankfurter Zeitung“ bespricht in ihrer Nummer vom 28. November die Lage des Einzelhandels, wo eine Steigerung der Umsätze gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel zu konstatieren ist. Folgendes Schlußkommentar scheint uns in Bestätigung unserer vorstehenden Ausführungen besonders interessant:

„Gerade in Handelszweigen mit besonders starken Umsatzsteigerungen ist in den letzten Monaten die Zahl der Kunden bei weitem nicht so schnell gestiegen wie die Umsätze. Im Textilfachhandel lag z. B. der Umsatz im 3. Vierteljahr 1934 um knapp 20 Prozent, im Oktober um 37 Prozent über Vorjahreshöhe. Die Kundenzahl stieg demgegenüber nur um 3 bzw. 11 Prozent. Es muß also angenommen werden, daß der einzelne Käufer durchschnittlich größere Mengen und daneben bessere Qualitäten gekauft hat. Anscheinend will die Forschungstelle mit diesen Darlegungen zum Ausdruck bringen, daß die Umsatzzunahme zum Teil auf stärkere Nachfrage kaufkräftiger Schichten zurückzuführen ist.“

Die Nutznießer der eine Zeitlang durch die Arbeitsbeschaffung erzeugten Scheinblüte waren also nicht etwa breite Massen des werktätigen Volkes, sondern wie aus dieser Darstellung deutlich hervorgeht, die Unternehmer und die neuen Parteibürokraten, die sich auf Kosten der Gesamtheit gemästet haben. Teilweise war es auch die Landwirtschaft, insbesondere die Junker und die Großbauern, die durch überhöhten Lebensmittelpreise ihre materielle Lage auf Kosten der Verarmung der städtischen Bevölkerung verbesserten.

So sieht also der Hitlersozialismus aus! Auf der einen Seite steigende Not der breiten Masse, auf der anderen Seite erhöhte Profite der Unternehmer und Junker, sowie erhöhtes Einkommen der Bonzokratie.

Brauindustrie unzufrieden

Dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht der Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München entnehmen wir folgende Mitteilung: „Da mit dieser Ermäßigung durch den Produzenten und den Wiederverkäufer keinerlei Abbau der Reichs- und Gemeindefiersteuer verbunden wurde, wird diese Preisermäßigung eine fühlbare Absatzsteigerung nicht bringen können. Dagegen muß sie selbstverständlich das zukünftige Bilanzbild sehr ungünstig beeinflussen. Wir hoffen, daß, da man sich allüberall über die starke Uebersehung der Biersteuern und deren ungünstige Auswirkungen im klaren ist, dem Abbau des Preises durch Brauereien und Wirte nunmehr auch der notwendige wesentliche Steuerabbau in Kürze folgen wird. Nachdem erst am 1. Februar 1932 durch den seinerzeitigen Preiskommissar eine Preissenkung von seiten der Brauereien um 2 RM. angeordnet wurde, bedeutet die nur für Bayern zur Durchführung kommende weitere Ermäßigung um 3 RM. für den Hektoliter eine schwere Belastungsprobe für das gesamte bayerische Braugewerbe.“

Als Minister Esser seine Bierpreissenkung bekannt gab, da hieß es amtlich, daß die Brauindustrie sich gerne bereit erklärt hat, in den Dienst des Volksganzen zu stellen. Der obige Geschäftsbericht läßt deutlich erkennen, welche Nachteile die Maßnahme Essers der Brauindustrie bringt und wie in Wirklichkeit ihre „Begeisterung“ ausgesehen hat.

Dollarklausel für den Schuldner bedeutungslos

Das Reichsgericht hat in seinem Urteil festgestellt, wie bei der Goldmark könne auch bei der Reichsmark aus einer im Anleihevertrag enthaltenen Vergleichung mit dem Dollar nicht gefolgert werden, daß bei Entwertung des Dollars der Kursverlust von der Reichsmarkforderung zugunsten des Schuldners abzusehen sei. Es wird dabei ausgeführt: Das Berufungsgericht (OLG. Stuttgart) kommt unter Berücksichtigung der zwischen den Parteien geführten Vergleichsverhandlungen und des Wortlautes des Vergleichs über die Abtragung einer Schuld zu der Auffassung, daß nach Ansicht der Parteien eine Reichsmarkschuld begründet werden sollte, daß die Erwähnung des Dollars ausschließlich den Zweck der Sicherung des Klägers verfolgte und nur für den Fall des Wertrückganges der RM. praktisch werden sollte. Die Tatsachen, daß die Schuld in Reichsmark festgesetzt ist, daß auch die einzelnen Rückzahlungen auf RM. lauten und erst im Anschluß daran gesagt ist, eine Reichsmark verstehe sich zu 10/42 USA-Dollar auf Grund des Mittelkurses an der Berliner Börse, legen diese Auslegung sehr nahe. Somit sind die Beklagten zu der Zahlung in Reichsmark verpflichtet. (VII 126, 140/34. — 23. Okt. 1934.)

Die Preise hoch!

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat die Wirtschaftsgruppe Holzverarbeitende Industrie ermächtigt, bekanntzugeben, daß seit März 1932, der Stabilisierung der Preise, die Indexziffer der Großhandelspreise für Möbel um 12,5 Prozent zurückgegangen ist. In dem gleichen Zeitraum sind nach Veröffentlichungen des Instituts für Konjunkturforschung die Holzpreise um 35 bis 60 Prozent gestiegen. Unter diesen Voraussetzungen sei eine weitere Senkung der Möbelpreise nicht zu erwarten.

Das lernen sie!

Die Führerschulen der Hitler-Jugend

Die Hitlerjugend ist nicht nur die Organisation der gesamten deutschen Jugend, sie ist für den Nationalsozialismus vor allen Dingen eine vortreffliche Erziehungseinrichtung. Die Hitlerjugend ist geradezu heute die Grundlage des Nationalsozialismus, denn in der Jugenderziehung liegt einzig und allein die Zukunft des Nationalsozialismus. Dazu bietet die Begeisterungsfähigkeit und Opferbereitschaft der Jugend für den Nationalsozialismus eine günstige Möglichkeit, die Jugend für seine Ideen zu gewinnen. Man will in der Jugend wieder den „heroischen Geist“ erwecken, der nach seiner Auffassung für ein Volk eine Lebensnotwendigkeit ist. In dem Hitlerjugendorgan für Westdeutschland „Die Fanfare“ heißt es:

„Die deutsche Revolution ist mehr und mehr in ein neues Stadium ihres Kampfes eingetreten. Galt bisher unser Einsatz fast ausschließlich der Erringung der Macht, so muß nun die junge Generation geformt werden, — der Mensch von morgen. Es gilt, den Kämpfer und zugleich Träger des beginnenden Reiches zu schulen für das Ringen von morgen, das Ringen des deutschen Volkes und der deutschen Seele um ihre Freiheit.“

Eine Generation, die nichts mehr anderes als die nationalsozialistische Ideologie kennt und von dieser Ideologie voll und ganz bestimmt wird, das ist das Ziel, was sich der Nationalsozialismus gestellt hat. „Wir wollen wieder den Geist germanischen Heldentums — den deutschen Menschen“, so steht es in dem bereits genannten Hitlerjugendorgan, und dieser „Geist“ kennzeichnet den Inhalt der Erziehung in der Hitlerjugend. Man hat zu diesem Zwecke sogenannte „Führerschulen“ systematisch im ganzen Reich aufgebaut. In Potsdam befindet sich die Reichsführerschule, eine für die HJ. und eine für den BdM. Alsdann hat man im ganzen Reich gemäß dem organisatorischen Aufbau der HJ. Oberbann-, Gebiets- und Obergebietsführerschulen errichtet, in welchen ununterbrochen Kurse abgehalten werden, zu denen die jugendlichen „Führer“ abkommandiert. Hier wird den jungen Menschen „nationalsozialistisches Wissen“ und die „Kenntnis germanisch-deutscher Geschichte“ vermittelt, denn nur daraus „kann lebendiges Verstehen erwachsen“, welches allein zu „nationalsozialistischem Gedächtnisdenken“ befähigt.

Wie diese Schulung gedacht ist, zeigt der nachfolgende Schulungsplan aus dem letzten Kursus in der Gebietsführerschule „Herbert Howarde“, die HJ.-Führerschule am Niederrhein. Gemäß dem Hitlerjugendorgan handelt es sich hierbei um einen „gut bewährten Plan“.

1. Deutsche Geographie, nationalsozialistisch gesehen.
Der erste Punkt dieses Lehrplanes ist also schon außerordentlich bezeichnend. Geographie wird nicht mehr objektiv gelehrt, sondern nationalsozialistisch. Sie ist für den Nationalsozialismus keine Lehre von der natürlichen Beschaffenheit der Erde, sondern, so lautet die Erklärung zu diesem Punkte von der „Mittellandslage Deutschlands“, von den „deutschen Interessen im Osten“, von der „geographischen Unmöglichkeit des Versailler Vertrages“, von „Landcharakter, Bodenschätzen, usw. und deren Verwendung im Sinne des Führers“. Daran anschließend kommt man zum zweiten Punkt:
2. Die bevölkerungspolitische Lage Deutschlands, worunter die Nationalsozialisten auch wieder ausschließlich die Behandlung des Problems „Volk ohne Raum“ und der „Ostfrage“ verstehen. Dann heißt es, es wurde „übergeleitet zu der zweiten Lösungsmöglichkeit dieser Fragen“, zu Punkt 3:
3. Die deutschen Kolonien. Dann sagt man: „Als weiteres müßten dann die Fragen geklärt werden“:
4. Was ist ein Volk? Die beigegebene Erklärung lautet: „Es kam darauf an, den Begriff als letzte Einheit menschlichen Daseins zu erklären. Es wurde der „Mensch an sich“, „Kultur an sich“, „Religion an sich“ als unmöglich abgelehnt, sondern alles als organisch aus dem Volk gewachsen dargestellt und so die Linie der geschichtlichen Verbundenheit mit dem deutschen Volke herausgearbeitet. Dabei tauchte dann die Frage auf:
5. Was heißt Deutsch? Dazu sagt man: „Es wurde der Begriff „Deutsch“ von allen Seiten her

Die Geist- und Kunstfeindschaft

Salander schreibt in der Basler „National-Zeitung“: Der Rücktritt Wilhelm Furtwänglers bedeutet wohl auch für die gefühlstumpfen und vorstellungsschwächsten Beurteiler der nationalsozialistischen Staatsumwälzung, die immer noch unter dem Vorwand einer geistigen Neutralitätshaltung, die meist weiter nichts als Mangel eigener Gesinnung ist, nach „schöpferischen“ Gedanken, in den Vorgängen des „dritten Reiches“ Ausschau gehalten haben, das Ende ihrer Täuschungen.

Hier war ein Künstler europäischer Geltung, der geglaubt hatte, sich den neuen Machthabern im Dienste des Ganzen zur Verfügung stellen zu sollen, der sich alle Mühe gegeben hatte, die Mauer, die das „dritte Reich“ um sich aufgerichtet hat, zu durchbrechen, und für Verständnis zu werben. Heute hat auch er einsehen müssen, daß an dem gedanklichen Verbrennungsprozeß der Rassenüberheblichkeit nicht nur die Sittlichkeit, sondern auch die Kunst zugrunde geht, weil beide auf dem Wert der Leistung beruhen. Die Abstammung, eine reine Schicksalsatsache, zum Kriterium sittlicher und künstlerischer Wertung zu erheben, bedeutet Leugnung der Gesittung wie der Kunst.

An einer Staatsdoktrin und einer Kulturpflege, die den animalischen Tatbestand über die Leistung und das Werk stellen, ist nun einmal nichts „zu verstehen“, und die Leute, die verlangen, man müsse auch solche Erscheinungen zu ver-

in seiner letzten Bedeutung erfaßt (d. h. sprachlich, ethisch, kulturell, politisch usw.) und dabei gezeigt, daß dieses Deutschein, diese deutsche Seele, immer um ihre Idee des Deutscheins kämpfen muß.“

6. Der Reichsgedanke durch 2000 Jahre germanisch-deutscher Geschichte. Hier heißt es: „Es wurde der Unterschied Reich und Staat (Reich notwendig organisch, Staat nur dann, wenn Führung organisch aus dem Volke wächst) erklärt und darauf hingewiesen, daß der Staat, um bestehen zu können, von verschiedenen Faktoren abhängig. Vor allem aber auch Träger des Reichsgedankens sein muß. (Reich als Land des Volkes verstanden, Boden des Volkes, Unmöglichkeit fremdvölkischer Elemente usw.) Damit wird der Uebergang gelegt zu:“
7. Die nationalsozialistische Staatsidee. Die Erklärung lautet: „Es muß dann gezeigt werden, daß in deutscher Geschichte deutscher Geist und Wille immer um die Idee des Staates als Träger des Reichsgedankens kämpfen wird.“
8. Deutsche Revolution und welsche Revolution in 2000 Jahren germanisch-deutscher Geschichte. Hierzu heißt es: „Von hier aus wurde in die neueste Zeit übergegangen und der Geist des Nationalsozialismus in seiner völkisch-geschichtlichen Grundlage im Sinne des Führers klar gestellt. Dazu wurde auf die geschichtliche Entwicklung eingegangen.“
9. Die Epoche vom Ich zum Wir. Die Erklärung lautet: „Hierbei wurde die geschichtliche Schwankung in der Weise aufgezeigt, daß die sich abwechselnden Perioden liberalistisch-internationaler und völkisch-nationaler Denkweise in ihren Werten und Folgen erklärt wurden. Ergänzt wurde dieser wichtige Abschnitt der Schulung durch“
10. Deutsche Kultur im Längsschnitt durch deutsche Geschichte. „Es war dann nötig, mit Hilfe des nun klargestellten „Wirbegriffes“ in den Geist des heutigen Deutschland einzudringen.“
11. Weltanschauung — im Volk: ein Glaube. Zu dieser merkwürdigen Ueberschrift lautet die Erklärung: „Der Glaube wurde als seelische Kraftquelle völkischen Daseins erkannt und es wurde gezeigt, daß aus diesem Glauben für ein Volk alles wächst und wachsen muß, so auch der Führer.“
12. Führertum. Dazu heißt es: „Es wurde das Wesen des Führertums, seine notwendigen Vorbedingungen, seine Abhängigkeit, seine Wichtigkeit besprochen, dabei vor allem versucht, unseres Führers Kraft und Wille als Ausdruck völkisch-deutschen Lebens zu sehen. Weiterhin wurde versucht, den Gedanken in deutscher Geschichte zu verfolgen.“
13. Preußisch-deutsche Führer.
14. Der Mensch von gestern, heute und morgen. Da heißt es: „Der ewig Gestrige, der immer „konservativ“, wurde dem ewig Morgigen gegenübergestellt, dessen Prinzip Glaube heißt, dessen Waffe Glaubensfanatismus und letzter Einsatz ist, dessen Kampf um das Morgen nur mit seinem Leben endet: Der Kämpfer! Der Hitlerjunge, der Mensch, der Führer von morgen! Damit war denn auch die Frage schon fast gelöst.“
15. Warum eine deutsche Jugend in einem Deutschen Reich? Als letzte Punkte folgten noch:
16. Unsere Mutter.
17. Der Juli 1914.
18. Deutsche Kunst.

Das ist der Plan, nach welchem die deutsche Jugend heute erzogen wird, ein Plan, der den Charakter des Nationalsozialismus deutlich erkennen läßt.

Herm. Feuerbach.

Furtwängler

Das „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt: „Wien schätzt und kennt Wilhelm Furtwängler und weiß, daß er alles andre als ein Hühnerkopf oder Rechthaber, daß er

Nazi-Bilanz

Wenn euch die Richter der Zeiten einst fragen:
Was habt ihr im Bausch eurer Herrschaft vollbracht?
Habt ihr noch außer Befehlen und Schlägen
Etwas getan, was euch Ehre macht?
Dann könnt ihr mit Brüllen
Die Welt nur erfüllen:
Wir haben gesiegt!

Mit diesem Tatbestand ist euer Wissen,
Sind all eure Weisheit und Würde erschöpft,
In allen geistigen Hoheitsbezirken
Habt ihr nur gierig zerstört und geköpft,
Denn könnt ihr nur weinen
Und dunkelhaft schmeitern:
Wir haben gesiegt!

Sieg führt zur Macht, und die Macht ist euch alles,
Weil ihr sonst nichts zu verlieren habt.
Gedenket aber gefälligst des Falles,
Daß ihr euch selbst eure Grube grabt.
Schon hören wir's rufen
Am Fuß eurer Stufen:
Bald seid ihr besiegt!

Horatio.

Zulässig - unzulässig

Der „Führer“ mit seinem Streicher

Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht regelmäßig die Entscheidungen, die auf Grund des „Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933“ gefällt wurden, das heißt, er gibt bekannt, welche Geschmackslosigkeiten erlaubt und welche verboten sind. Aus der letzten Nummer erfährt man z. B., daß Laubsägefiguren, SA- und SS-Männer darstellend, sowie Laubsägevorlagen, darstellend den Kopf des Führers und Reichskanzlers, von Eichenlaub umgeben, als zulässig gelten. Viel interessanter ist aber die Rubrik, die den Titel „unzulässig“ trägt.

Unzulässig sind:
„Ansichtspostkarten, darstellend den Führer und den Gauleiter Julius Streicher.“

Das ist zu verstehen. Hitler duzt sich mit Streicher, Hitler gestattet dem Streicher, wie ein Irrenhörer zu wüten. Hitler duldet wohlwollend die blutige Mordbege, die bestialische Gemeinheit des Streichers Pogromblattes, aber seinen Kopf neben Streichers Kopf in jedes Untertanen Schoß zu legen, kann selbst dem Kanzler nicht zugemutet werden.

Unzulässig sind weiter:
„Bildnisse, darstellend die Herren Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Adolf Hitler, Ministerpräsident Göring, Reichsminister Dr. Goebbels.“

Diese Maßnahme soll, wie uns glaubhaft versichert wird, von Göring und Goebbels in seltener Eintracht verfügt worden sein. Seit dem 30. Juni lassen sie ihre Köpfe nicht mehr gern mit Hitlers Porträt vereinigen. Sie sind abergläubisch geworden.

vielmehr allein und ausschließlich Künstler ist. Daß er allen guten Geistern der Tonkunst dient, von Händel und Bach angefangen über Beethoven und Mozart bis heraus zu Strauss und den Jüngsten, zu denen auch Paul Hindemith gehört. Für ihn ist ausschlaggebend das Kunstwerk und die Qualität der Partitur, nicht das Mitgliedsbuch der Partei. Furtwängler hat im Vorjahr einem Dirigenten, der ihm schriftgemäß seine Jahresprogramme einsendete und mit Zittern und Zagen darunter Mendelssohns Schottische Symphonie angesehen hatte, mit einem „Bravo“ geantwortet. Für ihn ist der Komponist der Schottischen Symphonie eben ein edler Meister, kein Ausstoßender. Und aus der gleichen hochgelagerten Anschauung kommt auch seine unbeugsame Haltung im Fall Hindemith, den er nicht einfach unterdrückend aufgab, sondern für ihn eintrat ohne Schonung seiner eignen Person.

Furtwängler hat sich durch diese Tat selbst geehrt. Und wenn er nun zwischen sich und die Rassenfanatiker und Gesinnungsriecher einen Trennungsstrich zieht, wird die Kulturwelt auf seiner Seite stehen. Er sieht eben wie die westliche Welt in diesen wilden Veremungen nichts als einen bedauerlichen Verfall, und wenn er aus Deutschland scheidet, so läßt er eine Lücke zurück, die kein „verfälschter“ gesinnter Nachfolger ausfüllt. Der Verlust ist wahrlich nicht auf seiner Seite.

Der angeblich so zukunftsweite Hitlerismus hat draußen zu Vorfällen geführt, die in die Rubrik lächerlicher Kulturkuriositäten gehörten, wenn sie nicht zugleich Menschen und Existenzen kalt erledigen würden.“

Clemens Kraus geht nach Berlin?

Seit einigen Tagen spricht man in künstlerisch interessierten Kreisen Wiens davon, daß der Direktor der Wiener Staatsoper Clemens Kraus als Nachfolger Wilhelm Furtwänglers nach Berlin gehen werde und demzufolge der Rücktritt von Clemens Kraus von der Leitung der Wiener Staatsoper in Kürze zu erwarten sei. Derartige Vermutungen wollen sich darauf begründen, daß Clemens Kraus in der vorigen Woche in Berlin gewesen ist; schon bei seiner Rückreise sei davon gesprochen worden, er werde einen Ruf an die Berliner Staatsoper erhalten. Authentisch ist über diese Direktorenkrise an der Wiener Staatsoper allerdings noch nichts bekanntgegeben, obschon man es für wahrscheinlich hält, daß Clemens Kraus (nach einem sechsjährigen Wirken an der Staatsoper) bereit wäre, Wien zu verlassen.

Es wird bekannt, daß die Leitung des Wiener Philharmonie-Orchesters Wilhelm Furtwängler zu zwei oder drei außerordentlichen Konzerten zu verpflichten beabsichtigt. Auch soll der Versuch gemacht werden, Furtwängler für eine längere Wirksamkeit an der Wiener Staatsoper zu verpflichten.

Die Hitler-Gläubigen

Man wird nie betrogen, man betrügt sich selbst.

Goethe

„Preußischer Kommiß“

Soldatengeschichten / von August Winnig

August Winnig, der Verfasser der vor dem Kriege erschienenen Schrift „Preußischer Kommiß“, ist heute glühender Nationalsozialist. Er dient der brannen Sache in Wort und Schrift, unter Preisgabe seiner Vergangenheit. Einst, als junger Proletarier, war er zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie gekommen, bewegt von den hohen Gedanken der Freiheit und der Menschenrechte. Es gelang ihm, im freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverband einen führenden Posten zu gewinnen. Nach der Umwälzung von 1918 wurde er Oberpräsident in Ostpreußen, damals freilich schon in seinem alten Bekenntnis zögernd und schwankend. Sein politisches Ende in der Republik führte der Kapp-Putsch vom März 1920 herbei. Es erwies sich, daß er der zweideutigen Haltung der Reichswehrkommandeure in jenen kritischen Tagen Vorstoß geleistet hatte.

Dann rutschte August Winnig immer weiter nach rechts. Er wurde der Vertrauensmann Hugenbergs und Stinnes, für deren Blätter er seine flinke Feder in Bewegung setzte. Heute ist er einer von den 110-Prozentigen: wildester Nationalsozialist, begeisterter Militarist und nationalsozialistischer Schriftleiter. Sein Buch „Preußischer Kommiß“ hat er längst verleugnet, weil es die denkbar schärfste Anklage des militaristischen Kadavergehorsams darstellt, zu dessen Anbetern er heute gehört. Ein Grund mehr für uns, unseren Lesern einige Kapitel aus dem Buche August Winnig vorzulegen.

Auf Festung

6. Fortsetzung

Es ist merkwürdig, die Neigung zum Differenzieren vertiefen die Menschen auch nicht im Gefängnis, ja sie ist dort noch stärker als in der Freiheit. Jeder versuchte, irgendein kleines Extrarecht oder eine Extrafreiheit für sich zu erstreben, zu erkriechen oder auch zu ergaunern.

Bei diesen Leuten auf der Bastion gab es nichts von Solidarität. Der „Zuwachs“ bringt wohl meistens so etwas wie Gemeinsamkeitsempfinden mit, er verliert es aber bald, weil er damit unter die Räder kommt. Gegenseitige Denunziationen sind nicht selten. So können auch keine Freundschaften aufkommen, der Argwohn tötet sie.

Mit meinem Malerkollegen war ich bisher nur ganz flüchtig zusammengekommen. Wenn wir Farben mischten oder wenn einmal ein langer Korridor abzuschneuren war, sahen wir uns auf einige Minuten, doch war eine Unterhaltung nicht möglich, da die Bewachung stets bei uns stand. Ich wußte darum von ihm nur so viel, wie man mir auf der Stube erzählt hatte. Er hatte wegen täglichen Widerstandes oder eines ähnlichen Delikts vier Jahre abzuhüben, wobei er es jetzt bis ungefähr zur Hälfte gebracht hatte. Maler sollte er eigentlich nicht sein, aber was er war, mußte niemand genau zu sagen. Nur darin war man einig, daß er ein toller Bruder sei, der draußen wie auf der Bastion schon manchen Sturm erlebt habe.

Das hatte mich nicht gerade neugierig gemacht, denn dazu fühlte ich mich nicht Bastionsbürger genug, aber ich spähte doch nach einer Gelegenheit, mit ihm zu reden. Allein, es schien mir, als weiche er dem absichtlich aus. Er hatte für mich keinen freundlichen Blick.

Eines Tages war ich mit dem Sergeanten im Magazin und mischte Wandfarbe. Zwischen ihm und mir war allmählich ein leidlich erträgliches Verhältnis entstanden. Er erzählte mir öfters von dem, was auf der Bastion vorging, auch wohl von den Ereignissen draußen. Auch bei dieser Arbeit unterhielten wir uns. Da meinte er plötzlich, es sei eigentlich schade, daß ich nicht länger hier bliebe, sie hätten selten Gefangene, die sich so nützlich machten. Ich legte ihm klar, daß meine Ansicht darüber ganz anders sei und er sah das auch ein. „Es ist nur des Knüpfers wegen“, sagte er. „Der Hauptmann sieht es nicht gern, daß er so frei arbeitet, denn er traut ihm nicht. Und es ist auch wahr, man kann sich nicht auf ihn verlassen. Er ist schon sieben Monate in Einzelhaft gewesen und doch ist er noch so frisch wie vorher. Dann weiß er auch, daß er nicht wieder zur Truppe zurückkommt, sondern auf Arbeiterabteilung, denn er ist schon dreimal von der Bastion bestraft worden. Wenn Sie in Ihren vier Wochen die Stuben noch fertig bekämen, würden wir den Knüpfer sofort wieder auf den Saal schicken. Was meinen Sie?“

„Daran ist gar nicht zu denken; denn in den großen Stuben müssen immer zwei Mann zusammen arbeiten.“

„Ja, das sehe ich wohl ein. Sie kennen den Knüpfer noch gar nicht näher?“

„Nur soweit ich ihn gesehen habe.“

„Es ist ein böser Bursche! Seine Eltern sind anständige Leute, aber er ist ein Strohhalm. Zuerst ging er aufs Gymnasium, da wurde er wegen schlechter Streiche fortgejagt. Dann hat ihn sein Vater zu einem Kaufmann in die Lehre getan. Da hat er die Tochter oder Nichte verführt und den Kaufmann mit dem Messer bedroht. Dafür hat er seine erste Strafe bekommen. Ich glaube, ein halbes Jahr. Später will er Kunstmalerei geworden sein. O, er kann was! In der guten Stube des Feldwebels hat er Deckenbilder gemalt; wenn Sie die sehen, müssen Sie selbst sagen, daß es schade um den Menschen ist. Er hat selbst Schuld. Sie müssen wissen, daß er sein „Faktum“ als Rekrut machte. Als Hammel! Und dann gegen einen Offizier! Nein, wenn Sie mit ihm zusammenkommen, lassen Sie sich nicht mit ihm ein!“

Nun konnte ich mir ein Bild von meinem Kollegen machen. Ich muß sagen, daß er in meinen Augen auch durch diese Erzählung nicht verloren hatte. Er war „leicht“, jedenfalls heißblütig, aber schlecht brauchte er darum noch nicht zu sein.

Erst von der folgenden Woche an kamen wir zusammen. Die kleinen Zellen waren abgefertigt und wir gingen nun an die großen Stuben. Tagelang arbeiteten wir nebeneinander, ohne mehr zu sprechen, als die Handlung nötig machte. Das wurde erst anders, als das Wetter schöner wurde. Während der warmen Jahreszeit wurden nämlich die Einzelhäftlinge alle Morgen in den Hof getrieben, wo sie sich eine Stunde ergingen. Hierzu mußte alles, was vom Wachkommando vorhanden war, auf den Hof, der ringsum besetzt wurde; die Gemeinen mit Bajonetten, die Unteroffiziere mit Karabinern schußbereit im Arm. Während dieser Zeit waren wir nun alle Morgen eine Stunde allein.

Als wir uns unserer Freiheit zum ersten Male erfreuten, kam Knüpfer plötzlich auf mich zu und riß mir den Pinsel aus der Hand. Ich war dabei, über die Tür eine Bekrönung zu malen.

„Laß den Mist hier fort“, herrschte er mich an, „Du brauchst das hier nicht besser zu machen als es ist!“

Ich sah ihn an: „Was geht das Dich an? Du selber hast ja dem Feldwebel Mondscheinlandschaften an die Stubendecken gepinselt! Gib meinen Pinsel zurück!“

„Ins Gesicht sollst Du ihn haben!“ rief er und warf mir den schmutzigen Wisch an den Kopf. Ich antwortete ihm mit Ohrfeigen. Er drang noch einmal auf mich ein, aber ich drückte den kraftlosen Menschen ohne große Mühe auf den Boden. Eigentlich fühlte ich Lust, ihm noch ein paar Hiebe zu geben, aber wie er so da lag, mit starren Augen und heftig keuchender Brust, tat er mir leid. Ich zog ihn wieder hoch und ging, ohne mich weiter um ihn zu kümmern, an meine Arbeit zurück.

Nach einer Weile kam er, zupfte mich an der Jacke und sagte, indem er mich feindselig ansah: „Du wirst mich natürlich sofort melden?“

„Nein“, sagte ich über die Schulter hinweg, „ich melde Dich nicht.“

„Waram willst Du es nicht tun?“

„Das geht Dich nichts an.“

„Ach, ich verstehe; Du willst den Großmütigen, den Edelmann spielen!“

Ich wandte mich um: „Dein schmutziger Hohn könnte es mir freilich verleiden. Aber ich will es aus pädagogischen Gründen nicht tun, um Dir und Deinesgleichen zu zeigen, daß man auch hier innerlich ein Mensch bleiben kann.“

Knüpfer lachte schrill auf und ging fort. Bald kam er wieder und setzte sich neben mich, auf einen ungestülpten Eimer. Er nahm seine Mütze ab und spielte damit. Ich tat, als wenn er nicht da wäre, denn sein Lachen hatte mich sehr gekränkt.

Nachdem er eine Weile gegessen hatte, sagte er plötzlich mit veränderter ruhiger Stimme: „Du bist im Irrtum. Du siehst die Dinge von Deinem Standpunkt an. Ich tat das früher auch einmal, aber in zwei Jahren kann man viel lernen und verlernen. Du mit Deinen sechs Wochen schüttelst das hier ab, eine Episode ist es, weiter nichts. Nimm es für eine Krankheit. Das wäre ein schöner Schwächling, der keine sechs Wochen Bastion aushalten könnte! Aber zwei Jahre! Und vier Jahre! Und dann nicht bloß immer arbeiten, wie wir jetzt! Nein, Einzelhaft, wo man außer der Zelle nichts weiter sieht als aufgepflanzte Seitengewehre und ein Stückchen Himmel, so groß wie ein Schemelsitz. Und dann die Hoffnung, nach vier Jahren Bastion noch anderthalb Jahre in der Arbeiterabteilung geschliffen zu werden. Hast Du schon einmal daran gedacht?“

Ich antwortete nicht, sondern stand an die Wand gelehnt ihm gegenüber und sah ihn ruhig an. Er fuhr fort:

„Glaubst Du, ich hätte mir mein Gefühl so ruhig herausreißen lassen? Nein, ich habe es verteidigt, Stück für Stück! Und wie es gewesen ist, das weiß nur ich allein. Da, in der Zelle im Lichthof, wo es noch dunkler und stiller ist als in allen anderen, hat man es mir genommen. Ach, sie haben hier die Mittel dazu, einen ruhig zu machen: Hunger und Kälte, wenn die Einsamkeit allein nicht hilft. Als ich fühlte, daß es mit mir schlimm wurde, das war nach fünf Monaten, da wurde ich fromm. Das werden sie hier alle, die meisten aber schon in der ersten Woche. Ich verlangte, in die Kapelle geführt zu werden. Da saß ich dann in einem engen Kasten mit einem vergitterten Loch, so groß wie diese Mütze, vor dem Loch stand ein Posten mit dem blanken Bajonett, und wenn ich aufstand, um den Pastor zu sehen, dann drehte der Posten sich um und gebot mir Ruhe, und der Pastor schimpfte von draußen. Das habe ich eine Zeitlang gemacht, dann hatte ich genug. Schließlich kam ich in die gemeinsame Haft, da glaubte ich wieder zu Sinnen zu kommen. Ja, sonstwas! Die Ueberwachung war noch schlimmer. In der Einzelhaft konnte ich wenigstens vor mich hin fluchen und schelten oder weinen, in der Stube und auf dem Arbeitssaal konnte ich auch das nicht mehr. Und alles wurde angepepelt und dann gab es Strafen. Jetzt bin ich sooft mit Arrest bestraft, daß mich die Truppe nicht wieder annimmt.“

Die Sittlichkeit ist unabhängig von Dogma und Legislation, sie ist ein reines Produkt des gesunden Menschengefühls, und die wahre Sittlichkeit, die Vernunft des Herzens, wird ewig fortleben, wenn auch Kirche und Staat zugrunde gehen.

Heinrich Heine.

Ludwig Börne, 2. Buch, Helgoland, den 18. Julius.

Unsere Moralbegriffe schweben keineswegs in der Luft; die Veredlung des Menschen, „Recht und Unsterblichkeit“ haben Realität in der Natur. Was wir Heiliges denken, hat Realität, ist kein Hirngespinnst.

Heinrich Heine,
Gedanken und Einfälle, II. Religion
und Philosophie.

Er ging aus Fenster, das in diesem Zimmer nur mit einem weiten Eisengitter verwahrt war und sah hinaus. Es war die Rückseite der Bastion. Draußen waren die Wälle mit frischem Grün geschmückt, die im Morgenwinde schwankenden Birken hatten junge Käpchen angesetzt, die Felder dehnten sich tiefbraun meilenweit aus, aus einzelnen Mulden ragten die Dächer und Kirchtürme kleiner Dörfer hervor, und hinten, am Horizont, erhoben sich die dunkelblauen Kämme des Grenzgebirges. Ueber den frühlingshellen Himmel jagten einige weiße Wolken. Knüpfer winkte mich heran und wies auf die Landschaft: „Dies ist das schlimmste von allem. Ich werde verrückt, wenn ich daraufsehe, und doch weiß ich nichts Schöneres. Sieh, wie die Raben da oben fliegen!“

So standen wir lange und starrten in die Weite. Wir sahen die Bauern pflügen, von Raben umkreist, die auf die Engerlinge warteten, sahen die Wagen die Straßen entlang ziehen und Hunde herumlaufen. Endlich wandte ich mich ab; das Bild quälte mich. Knüpfer stand noch lange mit großen glänzenden Augen in den Morgen starrend, bis das Läuten der Bastionsglocke das Ende der Freistunde anzeigte.

Das Leben in der Stube war für mich nicht angenehm. Meine kurze Strafzeit, die verhältnismäßig angenehme Arbeit und die damit verbundene Befreiung vom Exerzieren hatten mich in eine zu sehr bevorzugte Stellung gebracht, als daß ich den anderen Insassen hätte sympathisch werden können. So sehr sie auch untereinander rivalisierten, im Haß gegen mich waren sie solidarisch. Aus Furcht vor Strafe unterließen sie zwar alles, was sie nicht tun durften, aber sie unlaunten mich doch und suchten nach irgendeiner Gelegenheit, um mir etwas anhaben zu können. Und das war schon ziemlich arg genug. Der Stubenälteste riß manchmal, wenn ich mich hinsetzte, um Kaffee zu trinken, mein Bett auseinander und sagte, es wäre zu schlecht gemacht, ich sollte es besser machen. Oder wenn ich mich in der Mittagstunde hinsetzte, um auszuruhen, stöberte er, in meinem Schrank herum und brachte mir irgendeine Arbeit, die ich tun mußte; Namen einnähen oder ähnliches. Andere quälten mich, indem sie, wenn ich eben die Stube gefegt hatte, Stroh an die Erde warfen, so daß ich nie zur rechten Zeit fertig wurde. Beim Brotverteilen muß ich bis zuletzt warten und bekam dann stets das kleinste Stück, beim Mittagessen bekam ich auch gewöhnlich den Rest. Erhob ich Einspruch, so stand die ganze Belegschaft gegen mich. Da die Kost ohnehin schon sehr knapp und mager war, so war ich hungrig. Der Hunger verfolgte mich auch im Schlafe. Sehr oft träumte ich von einer Mahlzeit, die vor mir stand, ich freute mich am Anblick der schönen Speisen, aber ich kam nicht zum Essen und wachte morgens hungrig auf. Dabei kam ich körperlich sehr herunter.

Wie sehr meine Leidensgenossen auf mich achteten und auf eine Gelegenheit warteten, mich zu denunzieren, erfuhr ich bald. Aus Versehen behielt ich einmal einen Bleistift in der Tasche, den ich bei der Arbeit gebraucht hatte. Nun war es streng verboten, in den Stuben Papier und Federn aufzubewahren. Da die Schränke gewöhnlich am Tage revidiert wurden, die Kleider aber nachts, so steckte ich am Abend den Bleistift in den Schrank, damit er nicht gefunden wurde. Am anderen Morgen, ehe ich Zeit gefunden hatte, ihn wieder an mich zu nehmen, kam der Unteroffizier in die Stube, ging stracks zu meinem Schrank und zog, ohne lang zu suchen, den Bleistift unter der Wäsche hervor. Er meldete mich zwar, aber die Angehörigen diesmal noch kein Glück, ich wurde nur öffentlich verwirrt, was freilich meistens gleich eine Strafe nach sich zieht.

Mehr Glück hatten sie, als sie einige Tage darauf meldeten, daß ich nicht sofort beim Läuten aufgestanden war. Ich wurde mit drei Tagen Entziehung des warmen Lagers bestraft. Dabei mußte ich abends um neun Uhr in eine Zelle und dort auf der Holzpritsche schlafen. Im Hochsommer mag das nicht empfindlich sein, in den kalten Aprilnächten mußte ich aber arg frieren.

Indessen ertrug ich das alles doch mit ziemlichem Mut; denn zwischen diesen Dauergästen der Bastion erschien ich mir wie eine Eintagsfliege zwischen Schmetterlingen. Schon war die Hälfte der Zeit, die ich auf der Festung verbringen sollte, vorüber.

Von den Gefangenen hatte die größere Anzahl Strafzeiten von mehr als einem Jahr. Der kleine Stubenälteste hatte fünf Jahre, er hatte noch reichlich dreieinhalb Jahr vor sich. Von den neunzehn oder zwanzig Insassen unserer Stube hatten außer mir nur noch drei weniger als ein Jahr. In einer Stube waren die „sittlich Schlechteren“ interniert; das waren Leute, deren Gesamtführung nicht schlecht war, deren „Faktum“ aber als besonders entehrend angesehen wurde. Und doch war kein Dieb darunter; denn diese verlieren alle die Kokarde; der einzige unter ihnen, der zur zweiten Klasse gehörte, hatte die Majestät beleidigt, was er mit sieben Jahren hüben mußte. Er hüßte aber meines Erachtens überhaupt nicht mehr, denn er war inzwischen blödsinnig geworden. Die Delikte der anderen waren Meuterei oder Aufruhr gewesen. Wie so etwas zustande kommt, zeige ein Beispiel: Drei Soldaten kommen angetrunken zur Kaserne. Sie haben den Stadurlaub überschritten und werden vom Posten angehalten. Sie drängen ihn beiseite und schlagen ihn dabei. Das genügt, um das Verbrechen der Meuterei zu konstruieren, wofür die Mindeststrafe fünf Jahre und ein Tag Gefängnis ist. Diese „unglücklichen dummen Jungen sind dann die „sittlich Schlechteren“, die abgesondert wohnen, baden, gehen und exerzieren. Kurioserweise gehörte auch ein Deutsch-Amerikaner dazu, neununddreißig Jahre alt und verheiratet; er hatte sich der Militärpflicht entzogen und war später so unvorsichtig, wegen seines Heimwechs nach Deutschland zurückzukehren, wo er sofort verhaftet und zu einem Jahre verurteilt wurde. Der selbhafteste Gast war ein wandelndes Gerippe in Zitronenschale; er hatte zwölf Jahre, die er bis auf drei abgebüßt hatte. Er hoffte immer auf Begnadigung, hatte aber darüber eisgrüne Haare bekommen. Er war Bastionsbarbier und konnte so seine Wut austoben. Zahnausziehen war unschuldiges Kitzeln gegen seine Schaberei.

„Im wahren christlichen Geiste“

Zwei Bilder aus dem Hitlerreich

Schicksal einer Mutter

Der „Volkswille“ in Karlsbad:
Heute erreicht uns die Nachricht von dem bitteren Leidensweg einer Frau und Mutter, die monatelang in unserer Gegend gelebt hat als Emigrantin, oben an der tschechischen Grenze, unweit von Graslitz. Wir erhielten die Trauerkunde von dem tragischen, heidenmütigen Opfertode der Genossin Helene Wed, der Gattin des ehemaligen Reichsbannerführers im Bezirk Jizkau-Planen.

Vor etwa anderthalb Jahren folgte Helene Wed ihrem Manne, der sich vor den braunen Bestien nur durch die Flucht retten konnte, in die Emigration in der Tschechoslowakei nach. Sie ließen sich in einem Orte bei Graslitz nieder. Tapfer ertrug die Genossin Wed alles Leid, alles Mühsal und Schwere, was das Leben in der Fremde den Heimatlosen auferlegt. Entschlossen legte sie mit Hand und Werk, um wirtschaftlich nicht nur auf die prächtige Solidarität und auf die Hilfe der tschechoslowakischen Genossen angewiesen zu sein. Wer ihr begegnete, der bewunderte diese zarte, aber doch immer lächelnde Frau, die gern andere noch tröstete und aufrichtete und ihnen half, wo sie nur konnte.

Und dennoch lag eine tiefe Schwermut über ihrem Wesen. Die Sehnsucht nach der Heimat, die Sehnsucht nach dem einzigen Kinde bereitete ihr tiefes Weh. Als der Sohn, der so sehr mütterlicher Betreuung bedurfte, nach langen Monaten aus dem Konzentrationslager entlassen war, da wurde der Drang, zum Kinde zu eilen, täglich mächtiger in ihr. Und er wurde schließlich stärker als ihre Kraft und als alle Vernunft, die sie vor einer Heimkehr warnte.

In einer Stunde höchster Müttersehnsucht wurde der Entschluß gefaßt und schnell ausgeführt. Nach war der Fuß über die Grenze gesetzt. Schnell heim zum heiß ersehnten Sohn! Ihn sehen, mit ihm sprechen, für ihn sorgen, um ihn herum sein können! Und wenn es auch nur auf kurze Zeit wäre.

Aber dieser Müttergefühl sei Hitlers Gehirns kalt in ihre Rechnung ein. Sehr schnell erhielt sie die Nachricht, ergriff die Mutter und schleppte sie ins Vollzeitsgefängnis zu Verdau. Am 21. Oktober war Helene Wed über die Grenze gekommen, bereits am 22. Oktober wurde sie gepackt und hinter Gittern gefesselt.

Was hinter diesen einsamen Gefängnismanern in Verdau, zulezt in Jizkau mit ihr geschah, darüber kann heute niemand berichten.

Aber der letzte Entschluß der Genossin Wed lag darüber genug. Am 31. Oktober machte sie ihrem Leben im Gefängnis selbst ein Ende. Ueber den Leiden und Martern unter den Händen der Polizei des Hitlerreiches zerbrach diese mutige, tapfere Mutter, die ihr Leben nun ganz dem Kinde hatte widmen wollen und die ihrem Gatten bis zum letzten Atemzuge die treue, standhafte Kameradin blieb. Am 3. November wurde sie in Verdau zur letzten Ruhe beisetzt, zahlreiche um sie trauernde Arbeiterinnen gaben ihr das Geleit.

Beinahe die Wiege der Menschheit

h. h. In der zwischen Magdeburg und Hannover gelegenen Kreisstadt Helmstedt hat der in weiten Kreisen unbekanntes Geschichtsprofessor Otto Habne einen welterschütternden Vortrag gehalten. Er wies in diesem Vortrage an untrüglichen Uebersieferungen und Beweisen nach, daß trotz des Wechsels der politischen Herrschaft (?) der Kreis Helmstedt germanischen Ursprungs ist. Ferner zeigen aber auch, nach Habnes Meinung, die alten Siedlungsnamen die hochstehenden geistigen Fähigkeiten der Germanen.

Da hat er mitsamt dem Kreise Helmstedt aber großes Glück gehabt, der Professor. Denn wenige Kilometer von Helmstedt entfernt, aber politisch zu einem Reichskreis zählend, liegt die gute alte, wegen der „Darmlosigkeit“ ihrer Bürger in aller Welt bekannte Stadt — Schöppenstedt.

Demonstrierende Studenten



»Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
Der wollte keine Knechts«

Die Zwingburg von Colditz

Als eines der berühmtesten Konzentrationslager ist das Lager in Colditz im Leipziger Bezirk bekannt geworden. Die Häftlinge sind von jeher in Colditz in vielfältiger Weise mißhandelt und gequält worden, unzählige Opfer dieser sadistischen Behandlung sind in Irrenhäusern und Krankenhäusern zugrunde gegangen. Wir haben seinerzeit die Zustände im „Menschen-schlachthaus Colditz“ eingehend geschildert, das inzwischen erschienene Buch „Konzentrationslager“ (Verlag Graphia Karlsbad) hat umfangreiches Material veröffentlicht. Die politischen Gefangenen des braunen Regimes wurden in Colditz zu schwersten Arbeiten gezwungen. So nützte man ihre Arbeitskraft unter schlimmsten Zuchtmethoden dazu aus, der Nazipartei in Colditz ein luxuriöses Parteihaus zu errichten. Man ließ die Häftlinge eine alte, verfallene Fabrik zu diesem Zwecke völlig umbauen und aufs reichste und bequämliche ausstatten.

Das Heim ist nun fertiggestellt. Die Tränen der Gepöhlten, das Blut der Geschlagenen und Ermordeten, der Schweiß der Geheuten und die Klänge der Geschundenen bilden sein Fundament. Die braunen Bonzen sind eingezogen und haben ihre Zwingburg feierlich eingeweiht. Natürlich waren sie alle da, die Oberbonzen, und irahlten vor Stolz über ihr monumentales Werk. Der Garnschleier der Kriegsjahre, Reichskathalter Mutschmann, der verfrachtete Tischler und jetzige Kreisbauhauptmann Döncke-Leipzig, alle waren sie da, um der Weihe des Braunen Hauses in Colditz beizuwohnen, des Braunen Tempels, der über Arbeitergräbern errichtet worden ist.

Der Gauleiter Mutschmann hielt die dazu passende Weiherede. Nach dem Berichte des Kinnenthaaler Anzeigers vom 6. November sagte der tschechische Diktator an dieser traurigen Stätte u. a. folgendes:

„Die Weihe dieses Hauses bedeutet für die alten Kämpfer einen Gottesdienst. Im wahren christlichen Geiste ist das Heim, das nur dem Volke dienen soll, entstanden. Nur aus der idealistischen nationalsozialistischen Weltanschauung heraus konnte der Kampf gegen Lüge, Materialismus, Freimaurerei und Judentum siegreich durchgeführt werden.“

Menschen-schlachtereien sind im „dritten Reiche“ also Gottesdienst. Und was im Hitlerreich als „wahrer christlicher Geist“ alt, das wird man von nun an an der Entstehung dieses Braunen Hauses aus der Zwanzarbeit des Konzentrationslagers in Colditz zu studieren haben!

Dieses Haus der Tränen wird als ein Denkmal dastehen. Als ein Memento des „Geistes von Colditz“. Die an ihm mit geordnet haben, werden eines Tages wieder da sein. Dann wird Ernte geerntet werden aus der Aussaat von Colditz. Sie wird für die Schulbuben arauenhaft sein. In diesem Tempel aber wird ein Erntedankfest gefeiert werden, das die Sühne aller Opfer sein wird, die an diesem Schandmal erniedrigt worden sind.

Zeretzungsstoffe

h. h. In der Zeitschrift „Deutsches Volkstum“ läßt sich Herr Wilhelm Stapel folgendermaßen über die braunen Bonzen aus:

„Der „Bonze“ als geschichtlicher Typ gehört zum Bilde der Nachkriegsrepublik, der „Reckerer“ zum Bilde der nationalsozialistischen Umkehrung des Volkes. Beide sind geschichtliche begrenzte Erscheinungen. Aber beide sind der Volkssubstanz entfremdet. Das deutsche Volk hat die Art, gewisse soziale Stoffe in der Form des Bonzentums und des Reckerertums auszuschwären.“

Davon kann man sich vor allem in der von Hitler „übernommenen“ Nachkriegsrepublik besonders gut überzeugen. Man braucht sich bloß die geschichtlich begrenzten Erscheinungen aus dem Gefinnungskreis des Herrn Stapel näher zu betrachten.

Entbindungsanstalten sind Luxus

Wo unbedingt gespart werden muß

Im heutigen Deutschland wird mit viel Lärm Bevölkerungspolitik getrieben. Da es noch immer mehr als 5 bis 6 Millionen Arbeitslose gibt, so handelt es sich für die Nationalsozialisten dabei nur darum, rechtzeitig für ein Auffüllen der gewaltigen Lücken Vorsorge zu treffen, die der von ihnen forcierte Krieg in die Bevölkerung Deutschlands reißen wird.

Aber nicht nur „mehr Kinder“ verlangt das von ihnen aufgestellte Gebot, sondern gleichzeitig soll eine „Auszuht der nordischen Rasse“ erfolgen.

Schieben wir einmal allen nationalsozialistischen, wissenschaftlich drapierten Rassenunimn beiseite, so bleibt für eine vernünftige Bevölkerungspolitik noch manches zu tun.

Die Sozialdemokratie hat in früheren Jahren wiederholt zu entscheidenden Taten auf sozialem Gebiete angetrieben. Besonders der Aufbau des Wächnerinnenhauses und der Säuglingsfürsorge, die Einrichtung von Entbindungsanstalten, die Fortschritte im Kinder- und Jugendshutwesen gehen auf ihre unausgesprochenen Bemühungen zurück.

Von dieser wahren Bevölkerungspolitik wollen die Nationalsozialisten nichts wissen! In ihrer täglichen Praxis beweisen sie stets von neuem, daß sie finden, das arbeitende Volk genieße bereits zu viel sozialen Schutz. Und da im Dritten Reich wohl Geld in Fülle für eine umfassende Kriegerrüstung vorhanden ist, aber keines für soziale Zwecke, so werden die verschiedenen sozialen Einrichtungen und Anstalten in rascher Folge Opfer des nationalen „Sozialismus“.

Kürzlich war zu lesen, daß die Nationalsozialisten die Entbindungsanstalten, Säuglings- und Wächnerinnenheime als Luxus ansehen, für die ihr Deutschland keine Aufwendungen mehr machen könne. Jetzt hat der preukische Innenminister mit einem Rundschreiben einen Frontalangriff gegen sie geführt. Darin wendet er sich gegen die Entbindung in klinischen Anstalten und Heimen. Die Auffassung,

Die Rachejustiz an einer Frau

Nach drei Jahren . . . Sechs Jahre Zuchtthaus

Magdeburg, 10. Dezember.

Hier wurde nach mehr als zweijähriger Verhandlungsdauer vom Magdeburger Schwurgericht das Urteil im dritten Prozesse wegen der angeblichen Ermordung des SA-Mannes Kurt Biefeldt in Wölpe in der Iluochernacht des Jahres 1931 gefällt. Die Hauptangeklagte Pauline Berleiter, die als Führerin der Wölper Kommunisten anzusehen war, wurde wegen Beihilfe zum Mord zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren verurteilt. Der zweite Angeklagte, Otto Jasna, kam ohne Strafe davon, das Verfahren gegen ihn wurde auf Grund der Amnestie eingestellt. Jedoch widersprach der Staatsanwalt der Freilassung Jasnafs, weil er der Staatspolizei zur Verfügung zu stellen sei.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichts-Direktor Kölling aus, das Gericht habe Mord und nicht Totschlag angenommen. Bei Frau Berleiter sei nicht Anstiftung im Sinne der Anklage festzustellen gewesen, weil das Gericht annehmen müsse, daß die drei bereits abgerichteten Kommunisten schon von sich aus zum Mord bereit gewesen seien. Dagegen habe das Gericht zweifellos die Beihilfe bejaht, denn Frau Berleiter habe den Kommunisten Geld zur Beschaffung von Waffen aus der Kasse der Roten Hilfe gegeben und sei sich auch über die Bestimmung des Geldes durch Haus im klaren gewesen. Ohne Frau Berleiter wäre es weder zum Tode des SA-Mannes Biefeldt noch vorher zu dem des Kommunisten Jockisch gekommen. — Der Staatsanwalt hatte gegen Frau Berleiter die Todesstrafe beantragt.

Unter den zahllosen verbrecherischen Urteilen der Hitler-Justiz ist dies eins der tollsten. Aus dem Bericht geht hervor, daß die zu sechs Jahren Zuchtthaus verurteilte Frau Berleiter an dem Tode des SA-Mannes Biefeldt gänzlich unschuldig ist. Sie soll Geld der „Roten Hilfe“ für Waffenbeschaffung gegeben haben. Argend eine Beziehung zu dem drei Jahre zurückliegenden Fall konnte ihr nicht nachgewiesen werden. Dafür verlangte der Staatsanwalt Todesstrafe.

Im übrigen macht man bei dieser Gelegenheit eine alte Bekanntschaft. Nämlich diejenige des Herrn Kölling, aus dem bekannten Magdeburger Prozesse gegen den Kaufmann Haas noch in Erinnerung.

Die Zuchtthausmaschine

17 Kommunisten

Der zweite Straffenat des Obersten Landesgerichts München hatte in der vergangenen Woche in mehreren Sitzungen gegen 17 frühere Kommunisten aus Württemberg a. N. verhandelt. Die in der Mehrzahl bereits vorbestraften Angeklagten waren beschuldigt, die Ausführung eines auf die gewalttätige Aenderung der Verfassung gerichteten Unternehmens verabredet und diese Aenderung vorbereitet und auch Sprengstoff im Besitz gehabt zu haben.

Nach dem am Dienstagmittag verkündeten Urteil hat das Gericht den Tatbestand einer Verabredung zur Ausführung eines hochverräterischen Unternehmens nicht als erwiesen angenommen, dagegen wurden von den Angeklagten wegen Vorbereitung zu einem hochverräterischen Unternehmen verurteilt:

Der 38 Jahre alte Reinhard Herzog zu 4 Jahren 4 Monaten Zuchtthaus.

Der 49 Jahre alte Karl Birkel, ebenfalls wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und wegen Verbrechens nach § 7 des Sprengstoffgesetzes ebenfalls zu 4 Jahren 4 Monaten Zuchtthaus.

Der 22 Jahre alte Hermann Emkin wegen des gleichen Verbrechens ebenfalls zu 4 Jahren 4 Monaten Zuchtthaus und

der 32 Jahre alte Jakob Birkel wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Verbrechens gegen § 8 des Sprengstoffgesetzes zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchtthaus.

Diesen vier Angeklagten wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Von den übrigen Angeklagten wurden drei freigesprochen und die anderen zu Gefängnisstrafen von zehn Monaten bis zu 2½ Jahren verurteilt.

daß dadurch die Sterblichkeit der Säuglinge und Mütter herabgedrückt werde, „hält“, so heißt es in dem Runderlaß, „den neuen ärztlichen Erfahrungen gegenüber nicht stand“. Es werden die angeblichen Vorzüge der Entbindung im Privathaus huldigend gerühmt. Der Verfasser des Erlasses verrät damit, daß er keine Ahnung hat, wie es um den Privathaushalt von Millionen Arbeiterfamilien in Wirklichkeit bestellt ist. Dann heißt es:

„Die Gefahr des Auftretens von Kinderbettlieber oder anderen Infektionskrankheiten ist für die Mütter im Privathaushalt im allgemeinen nicht größer als in Anstalten, zumal die Hebammen infolge der Begrenzung ihrer Tätigkeit auf die Geburtshilfe in der Regel weniger Gelegenheit hat, mit Keimträgern in Verührung zu kommen als mancher vielbeschäftigte Arzt.“

Der Zweck dieser unhaltbaren Begründung ist, eine Rechtfertigung zu finden für das Zugrunderichten wertvoller sozialer Anstalten. Das wird am Schluß des Runderlasses ganz klar gesagt:

„In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutet die Erhaltung oder Begründung von ärztlichen Standpunkt aus nicht notwendiger Anstalten eine doppelte Belastung, da diese Anstalten in der Regel Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erfordern, und außerdem ausreißende vorhandene, geskulte Berufsangehörige der Heilfunde in ihrer Existenz beeinträchtigt.“

Die Rücksicht auf die Berufsangehörigen ist nur an den Haaren herbeigezogen. Das wichtigste bleibt: es sollen keine öffentlichen Gelder für die wertvollen sozialen Einrichtungen aufgewendet werden. Die nationalsozialistische Regierung, die Milliarden für Kriegszwecke, Hunderte von Millionen für Subventionen an die Industrie und Agrarier, Hunderte Millionen für Besoldung von braunen Bonzen aus Reichsmitteln zur Verfügung stellt, verweigert die im Verhältnis dazu lächerlich geringen Summen für den Schutz der Säuglinge und Mütter.

Herr Hitler und Herr Schröder und Persil

Geschichten um den deutschen Gruß

Der unbeugsame Innungsmeister

Der „Informationsdienst“, die amtliche Korrespondenz der „deutschen Arbeitsfront“, bringt unter der Überschrift: „Mancher lernt es nie!“ folgenden Bericht:

„Der Innungsmeister Schröder aus Kiel erlaubte sich die Frechheit, einen seiner Lehrlinge nach Hause zu schicken, weil er morgens den Betrieb mit dem Gruß „Heil Hitler“ betrat. Dieser edle Zeitgenosse begründete sein Verhalten mit der überaus „wichtigen“ Bemerkung, er sei nicht Herr Hitler, sondern er sei Herr Schröder, und in seinem Betrieb heiße es infolgedessen nicht „Heil Hitler“, sondern „Guten Morgen, Herr Schröder“. Darüber Überlegungen anzustellen, gab er seinem Lehrling einen Tag Zeit. Dieser Lehrling überlegte sich den Fall und tat das einzig Richtige, was hier zu tun war, nämlich er machte der Kreisleitung der „deutschen Arbeitsfront“ von dem eigenrühmlichen Vorfall Mitteilung. Herr Schröder wurde zunächst in Schutzhaft genommen, später wieder entlassen. Die Lehre, die er aus seinem Vorgehen ziehen sollte, wurde ihm aber von einer Seite erteilt, von der er sie bestimmt nicht erwartet hatte.

Gegen Abend sammelte sich eine mehrhundertköpfige Volksmenge, vorwiegend Arbeiter, vor seinem Hause und demonstrierte mit einem großen Plakat des Inhalts: „Ich bin nicht Herr Hitler, ich bin Herr Schröder“ gegen diesen bemerkenswerten Innungsmeister, der zu seinem persönlichen Schutz vor der erbitterten Volksmenge abermals vom Heberfallkommando in Schutzhaft genommen werden mußte.“

Die beliebten Hitlerreihen

In der Nacht zum 2. Mai d. J. wurden in Rülshaus und Langberg (Schleswig-Holstein) zwei Hitler-Eichen abgefaßt. Als Täter wurden von der Polizei Rudolf Holt und Johannes Kern aus Hensburg ermittelt, die sich jetzt vor dem Hensburger Schöffengericht zu verantworten hatten. Beide waren früher Mitglieder der NSD. Das Gericht verurteilte Holt zu einem Jahr Gefängnis und rechnete ihm die Unterbringungshaft an, während Kern eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und acht Monaten erhielt. Beiden Angeklagten wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

Die dreifache Hand

Die „Vormarscher Zeitung“ berichtet über eine Straf- führung am Amtsgericht u. a.:

„Als ein widerspenntiger Geist, der sich gegen die neue Staatsordnung stets auflehnt, ist der 31 Jahre alte Josef

Augustin von Donschiers bekannt. Vor einigen Wochen erst hatte er sich wegen falscher Anschuldigungen gegen einen SA-Mann vor dem Firmamenten Gericht zu verantworten. Geküert mußte er wiederum antreten, und zwar hatte er sich diesmal wegen Unfugs zu verantworten. Diesmal hatte es ihm der deutsche Gruß angetan, den der Angeklagte verächtlich mochte. Es sei ja alles nur Spaß gewesen, meinte er. Dem Gericht wurde aber von der Gendarmerie und von den übrigen Zeugen bestätigt, daß der Angeklagte sich nicht mit den neuen Verhältnissen abfinden will und daß er stets „gegen den Strom schwimmt“. Am 2. August also grüßte ihn ein SA-Mann mit dem deutschen Gruß. Der Angeklagte erwiderte diesen Gruß mit den Worten: „Willst du mir deine dreifache Hand zeigen; mit Persil geht alles ab!“ Der Angeklagte, der noch einmal allmählich davorkam, wollte das Gericht schließlich sogar glauben machen, daß er ein Freund der SA sei. Das Urteil lautete auf eine Haftstrafe von 1 Woche.“

Wer die Wahrheit sagt ...

... wird eingesperrt

Vor dem Sondergericht in Frankenthal (Pfalz) hatten sich, wie die gleichgeschaltete Presse berichtet, fünf Angeklagte zu verantworten, denen nach der Anklageschrift Beleidigungen der Reichsregierung zur Last gelegt waren, wie sie seit Bestehen des Sondergerichts in einer solch unerhört schamlosen Weise noch nicht zu verzeichnen waren. Es handelte sich bei den Angeklagten um den 33jährigen Jakob Nauenschwender und dessen 31jähriger Ehefrau Elise Nauenschwender ferner den 30jährigen Josef Schanne sowie den 33jährigen Josef Simon und dessen Ehefrau, die 33jährige Katharina Simon, alle aus Landstuhl. Das Gericht verkündete nach längerer Beratung folgendes Urteil: Jakob und Elise Nauenschwender erhielten je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Josef und Katharina Simon je 1 Jahr Gefängnis und Schanne 9 Monate Gefängnis.

Im zweiten Falle hatte sich der 33jährige Konrad Dänig aus Landstuhl zu verantworten, dem zur Last lag, wiederholt in Landstuhl geäußert zu haben, der Reichstag sei nicht von den Kommunisten, sondern von den Hitlern angezündet worden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis abzüglich 3 Wochen Unterbringungshaft.

Das Kölner Sondergericht verurteilte den Schlosser Paul Kellner, wohnhaft in Köln, Bodelstraße 13, zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Kellner hatte den „Führer“ und Reichstänzer beschimpft und die Reichsregierung des Schwandens bezichtigt, indem er erklärte, die angegebenen Zahlen der wieder in Arbeit gebrachten Volksgenossen stimmen nicht.

BRIEFKASTEN

Briefkasten. Behen Tont. Eine solche Negativität ist unbezahlbar.

In mehrere. Die Berichte des erwähnten SA-Gruppenführers Ernst. Die von uns gebrachten Dokumente sind dem „Reichsbuch über die Erschießungen des 30. Juni 1934“ zuzurechnen, das demnächst bei Edition du Carrefour, Paris, erscheint und eine authentische Feststellung der deutschen Verbrechen enthält. In dem Buch werden auch die Zusammenhänge zwischen den Mordtaten des 30. Juni und den Vorgängen am 23. Juli in Oesterreich aufgezählt.

„Schwarzrotgold“. Ihnen hat ein Freund aus Hannover geschrieben: „Der Konsumverein in Hannover ist sehr schlecht. Ein großer Teil der Mitglieder ist desinteressiert am Weiterbestehen. Entlassungen von Lagerhaltern erfolgen nicht. Heute würde man es nicht mehr tun, weil die alten Lagerhalter ja die einzige Anziehungskraft für die alte Kundschaft sind. Im vergangenen Jahr unterließ man diese Entlassungen, weil man nicht in der Lage war, die 800 Mark betragende Kautionssumme der Lagerhalter bei der Entlassung mitauszugeben. Neuerdings sind sogar Werber aufgenommen worden, die bekanntlich als alte Sozialdemokraten und mehrmals in Schutzhaft waren.“ — Ähnliche Nachrichten haben uns aus anderen Großstädten erreicht. Aus Köln lag uns ein geradezu marxistisches SA-Kundensreiben vor.

H. H. Ropenhagen. Sie machen uns auf folgende Aktie im „Sozialdemokraten“ aufmerksam: „Eine größere Partie Apfelkuchen, deren Umhüllg mit dem Bilde Hitlers und der Aufschrift: „Adolf Hitler, Deutschland“ bedruckt war, wurden auf dem Londoner Markt zur Auktion gestellt. Es drehte sich um dreißig große Kästen. Sobald die Käufer den ominösen Kaufdruck gemacht wurden, gab es einen großen Aufruhr. Es wurden erregte Rufe laut: „Wir wollen keine Hitlerapfelkuchen!“ Zum Schluß mußte der Auktionator erklären, daß er sich mit Rücksicht auf die Wünsche der Käufer gezwungen sehe, die ganze Partie zurückzuziehen. Es handelt sich bei diesem Vorgang offenbar um Apfelkuchen, die in Valencia zu spät zum deutschen Frachtdampfer gekommen sind, und die man nun hoffte, in England abzusetzen. Das Experiment dürfte kaum wiederholt werden.“

Kürzberger. Ihrem Briefe entnehmen wir: „An Nürnberg 30. April 1934. Heute morgen ganz früh um 7 Uhr in der Schulstraße zu lesen: Nürnberg größte Hebel sind der Streicher und der Hebel! Streicher ist ja genügend bekannt, sollte aber nicht bekannt sein, wer Hebel ist, so teile Ihnen mit, daß er der derzeitige Oberbürgermeister ist. Seine Laufbahn ist die folgende: Besuchte die Schule, ohne seine Abgangsprüfung machen zu können, wanderte von einer politischen Partei zur anderen, je nachdem, wo die Aussichten besser waren, ererbte von seinem Vater eine kleine Druckerlei, wohnt, bis Hitler Kanzler wurde, in einer kleinen Wohnung in Untermeile, denn bemüht er eine der schönsten Villen Nürnberg. Der frühere Oberbürgermeister konnte sich natürlich diesen Bonanzkurs nicht leisten. Bei Hebel heißt es eben auch, wie bei so vielen heute: Eigennutz geht vor Gemeinnutz.“ — Von anderer Seite wird uns übrigens geschrieben, daß der Zweitvortr neuerdings erweitert worden ist:

Streicher, Holz und Hebel sind Nürnberg größte Hebel. Holz ist der bestverbreitende Baustoff und Rumpfen des Streicher.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pflü in Dabweiler; für Anfertiger: Otto Fuchs in Saarbrücken Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 3, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Das Buch des Tages!

Es kommen zu Wort: Der Großindustrielle Hermann Röchling. Der Führer der Deutschen Front, Pirro. Der Pfarrer Wilhelm. Der Vorsitzende der Handwerkskammer, Schmelzer. Gräfin von Roedern. Der Propagandaleiter der Deutschen Front, Peter Kiefer. Minister Zoricic. Drouard, Vorsitzender der französisch-saarländischen Handelskammer. Raspail, Direktor der Mines Domaniales. Dr. Velleman, Generalsekretär der Abstimmungskommission. Exzellenz Galli, Vorsitzender des Obersten Abstimmungsgerichtes. Dr. Martiner, General-Advokat beim Obersten Abstimmungsgericht. Landgerichtsdirektor Steinfeld. Johannes Hoffmann, Führer der katholischen Front. Max Braun, Vorsitzender der Sozialdemokraten. Fritz Pfordt und Philipp Daub, führende Funktionäre der Kommunisten. Julius Schwarz, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes. Arbeiter und Bauern, Geistliche und Handwerker, Hausfrauen und Schulkinder. Kaufleute und Lehrer.

Inhaltsangabe: Mitten in Europa 1934. Deutsch sein. Hitler vor den Toren. Hier regiert der Völkerbund. Die toten Seelen. Kommt die Wirtschaftskatastrophe? Gleichschaltung der Sklaverei? Die Front der Schwankenden. Die katholische Fronde. Die Einheitsfront. Das andere Deutschland. Ein Würfel fällt an der Saar

Die Wahrheit über die Saar!

Das Reportagebuch für jedermann!

180 Seiten, zweifarbiger Umschlag, bessere Ausgabe Fr. 12.— (Sfr. 2,40), billige Volksausgabe Fr. 6.— (Sfr. 1.20).

RING-VERLAG AG., ZÜRICH

Zu beziehen in allen Buchhandlungen oder bei der

Buchhandlung der Volksstimme G.m.b.H.

Saarbrücken 2, Trierer Straße 24 / Postscheckkonto Saarbrücken 619

HIER SPRICHT DIE SAAR

Ein Land wird interviewt von THEODOR BALK

Dr. Hans Neikes
Hermann Röchling
Jakob Pirro
Pfarrer Wilhelm
Peter Kiefer
Wilhelm Schmelzer
Pfarrer Nold
Minister Zoricic
Exzellenz Galli
Dr. Martiner
Direktor Raspail
Dr. Velleman
Johannes Hoffmann
Max Braun
Fritz Pfordt
Philipp Daub
Julius Schwarz
Bergarbeiter
Hausfrauen
Hüttenarbeiter
Landwirte
Geistliche
Schulkinder
und viele andere